

Bezugspreise:

Dem 1.-8. Dezember 1 Billion oben 1 Goldmark ...

Der „Morgen“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 6. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Das Ermächtigungsgesetz.

Sozialdemokratische Erklärung im Reichstag.

Das Ermächtigungsgesetz ist gestern mit der vereinbarten Änderung, die von den bürgerlichen Mittelparteien beantragt wurde, in zweiter Lesung angenommen worden.

Die Zweidrittelmehrheit der Zustimmung ist gesichert, da nur Deutschnationalen und Kommunisten mit Nein stimmen werden.

Die Sozialdemokratie hat die sachlichen Gründe, aus denen sie — wie übrigens alle ihrer Verantwortung bewußten Politiker bis zu den Deutschnationalen hinüber — gegen überstürzte Wahlen Bedenken hat, wiederholt dargelegt.

An der gestrigen Reichstagsitzung gab der Genosse Scheidemann für die Fraktion folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist in Rücksicht auf den ungeheuren Ernst der innen- und außenpolitischen Lage, die sofort wichtige Entscheidungen erfordert, zu dem Ergebnis gekommen, dem von der Reichsregierung geforderten beschränkten Ermächtigungsgesetz zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß einer Vertretung des Reichstags bei der Ausführung des Gesetzes das gleiche Recht der Mitwirkung eingeräumt wird, das dem Reichsrat zustehen soll.

Die Fraktion hat sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen: Vermag die Fraktion sich auch nicht mit dem Gesamthalt der vom Herrn Reichskanzler abgegebenen Erklärung einverstanden zu erklären, so ist sie doch mit ihr der Meinung, daß in dem Finanzproblem die Frage um Sein und Nichtsein des deutschen Volkes liegt.

Sie bedauert aber aufs tiefste, daß die zur Lösung dieses Problems notwendigen Entscheidungen nicht rechtzeitig getroffen worden sind. Wenn infolge der bisherigen Versäumnisse nunmehr nach Auffassung der Regierung zur Rettung unserer Wirtschaft und unserer Finanzen der außerordentliche Weg beschritten werden muß, wichtige gesetzgeberische Maßnahmen mit Hilfe einer erweiterten Verordnungsgewalt durchzuführen, so will die Fraktion diese Absicht nicht durchkreuzen.

In einer Entschließung unseres höchsten Lebens zur Ausschaltung des Parlaments und zur vorwiegenden Inanspruchnahme des Artikels 48 erblickt die Fraktion eine schwere Gefahr. Die Absicht, ihr vorübergehend, war für ihren Beschluß mitempfindend.

Die Fraktion stellt fest, daß für die Verordnungen, die von der Regierung erlassen werden, nur die Regierung die Verantwortung trägt. Die Fraktion kann keine Mitverantwortung für die Beschlüsse eines Kabinetts übernehmen, dem sie nicht angehört. Sie behält sich die sachliche Stellungnahme zu allen Maßnahmen der Regierung vor. Schon jetzt betont sie, was ihre Vertreter in Besprechungen mit Mitgliedern der Regierung bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht haben, daß ihrer Überzeugung nach die von der Regierung vorbereiteten steuerpolitischen Maßnahmen unzulänglich sind und eine einseitige Überbelastung der minderbemittelten Volksschichten bewirken müssen.

Die Fraktion stellt fest, daß für die Verordnungen, die von der Regierung erlassen werden, nur die Regierung die Verantwortung trägt. Die Fraktion kann keine Mitverantwortung für die Beschlüsse eines Kabinetts übernehmen, dem sie nicht angehört.

Die Fraktion stellt fest, daß für die Verordnungen, die von der Regierung erlassen werden, nur die Regierung die Verantwortung trägt. Die Fraktion kann keine Mitverantwortung für die Beschlüsse eines Kabinetts übernehmen, dem sie nicht angehört.

(Sehr wahr!) Die auf den Ertrag ihrer eigenen Arbeit angewiesenen Volksmassen haben bisher schon schwere Opfer an Steuern und Einschränkung ihrer Lebenshaltung getragen, der Großbesitz hat sich weitgehender Schonung erfreut.

weitgehender Schonung erfreut. (Sehr wahr!) Dieser Lasten tragen die finanzpolitischen Pläne der Regierung nicht gebührend Rechnung. Die Fraktion hält es für unerlässlich, daß die Regierung nicht zurückredet vor dem Zugriff auf die Vermögenssubstanz, der zur Rettung der Wirtschaft und der Finanzen notwendig ist.

Die Fraktion fordert weiter, daß die Regierung auch bei ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen die Lebensinteressen der beschloßenen Volksmassen im Auge bei der Behördenvereinfachung und bei dem Personalabbau parteipolitische Nebenabsichten und vermeidbare Härten fernhält und vor allem, soweit sie dem großen Heer der Erwerbslosen keine Arbeitsgelegenheit zu verschaffen vermag, die zur Erhaltung des Lebens dieser bedrohten Opfer der wirtschaftlichen Krise notwendigen Mittel bereitstellt.

Die Fraktion hat bei ihrer Entscheidung ferner berücksichtigt, daß in diesem Augenblick beschuldene Vorgehen einer wirtschaftlichen Besserung zu bemerken sind. Der Kurs der Mark im Ausland hat sich gehoben, in einzelnen Zweigen der Wirtschaft bestehen Hoffnungen auf Wiederbelebung. Solche Ansätze sollen nicht durch Verschärfung der innerpolitischen Krise gestört werden, wenn es irgend vermieden werden kann.

Die Fraktion wünscht, daß das deutsche Volk sobald wie möglich befragt werde, in welchem Geist und welcher Richtung es die Politik des Reiches geführt sehen will. Zuvor aber muß die Voraussetzung zur freien Entfaltung gegensätzlicher Auffassung durch Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes geschaffen und auch das Recht unserer Volksgenossen an Rhein und Ruhr, frei und uneingeschränkt an deutschen Reichstagswahlen teilzunehmen, gesichert werden.

In diesem Sinne — nur in diesem Sinne sind wir bereit, der Regierungsvorlage unsere Zustimmung zu erteilen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Hergt und der Reichspräsident. Zu den Ausführungen des Abg. Hergt in der heutigen Reichstagsitzung über die Vorgänge bei der Neubildung der Regierung und die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erzählt die Fraktion: Der Reichspräsident bleibt bestimmt bei den Darlegungen, die er in seinem Antwortbriefe an die Deutschnationalen Volkspartei über die Vorgänge gegeben hat; er muß es ablehnen, sich über die Einzelheiten der vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern in der Öffentlichkeit zu äußern.

Vom englischen Wahlkampf.

Am heutigen Donnerstag finden in England die entscheidenden Neuwahlen zum Unterhause statt. Ueber die Vorbereitungen zu dieser Wahlschlacht schreibt uns unser Sonderkorrespondent:

V. Sch. London, 2. Dezember.

Eigentlich möchte man annehmen, daß ein englischer Wahlkampf das äußere Bild des Landes total verändern würde. Denn nirgends in Europa ist das Reklamewesen in geistiger und materieller Hinsicht so hoch entwickelt wie in England. Und was läge näher als eine Sintflut von politischen Plakaten und Flugblättern in einem Lande, wo man für kommerzielle Zwecke mit Papier, Farben und Schlagworten um so weniger spart, als sich jeder Reklamemanager offenbar glänzend rentiert? Aber weder im Innern, noch in den Vororten der englischen Riesenhauptstadt sind auch nur annähernd so viele äußere Merkmale einer tobenden politischen Schlacht zu beobachten wie z. B. in Paris oder in Berlin. Hier und dort, an einer Mauer oder vor allem an den Parterrefenstern von Privatwohnungen, klebt ein diskretes Plakat mit dem Namen und zum Teil auch mit dem Bild des einen oder des anderen Kandidaten. Das Ringen um die Seele der Wähler konzentriert sich auf die Spalten der Presse und auf die von den Kandidaten selber und von ihren Agenten betriebene Hausagitation.

Letztere spielt im englischen politischen Leben die Hauptrolle. Wohl fehlt es nicht an Wählerversammlungen, teils in geschlossenen Sälen, teils auf offener Straße, teils improvisiert, teils von langer Hand vorbereitet, bei den großen „Kanonen“ mit Vor- und Ausverkauf Tausender von Plakaten. Aber im allgemeinen wird hier dem „canvassing“, der Hausagitation, eine weit größere Rolle beigemessen als z. B. in Deutschland.

Der Kandidat geht von Haus zu Haus, von Tür zu Tür, bemüht sich, mit jedem einzelnen Wähler zu sprechen, entwirft ihm das Programm seiner Partei oder seine persönlichen Ideen — das ist in England nicht immer ganz dasselbe — versucht ihn zu überreden, antwortet auf gestellte Fragen; alles das, vorausgesetzt, daß er nicht von vornherein in mehr oder minder höflicher Form hinauskomplimentiert wurde. Die politische Schulung des englischen Volkes hängt wohl nicht zuletzt mit dieser allüberliefernten Form der Wahlagitation zusammen, die allerdings mit dem jetzigen deutschen System der proportionalen Listenwahl der großen Wahlkreise unvereinbar ist. Zweifellos ist der Proporz die einzige Bürgschaft gerechter Wahlergebnisse, während gerade das englische Wahlrecht zu den krassesten Ungerechtigkeiten führt, besonders seitdem nicht mehr zwei, sondern drei Parteien miteinander ringen und dennoch nur die relative Mehrheit entscheidet.

Andererseits aber geht der persönliche Kontakt zwischen dem einzelnen Wähler und den Kandidaten infolge der Listenwahl und der Rieswahlkreise in Deutschland fast gänzlich verloren, während er in England die Grundlage der gesamten Agitation bildet. Die Frage, inwieweit jener persönliche Kontakt von Vorteil ist, ob er nicht der Reinlichkeit des politischen Lebens unter Umständen sehr abträglich sein kann, ist ein weites Feld. Aber das „canvassing“ ist nun einmal das Rückgrat der englischen Wahlagitation, besonders für unsere Freunde von der British Labour Party.

Denn ohne die Möglichkeit, mit den einzelnen Wählern in direkte Fühlung zu treten, wären die Kandidaten der Arbeiterpartei kaum in der Lage, auf sie einzuwirken. Das, was so vielen von uns kaum in den Kopf gehen will, nämlich die Wahlerfolge einer Partei, die keine eigene Presse besitzt, wäre einfach unmöglich ohne die Tradition des „canvassing“. Bekanntlich zählt ganz England nur eine einzige Tageszeitung, die offen die Interessen der Arbeiterpartei vertritt, und dieses einzige Organ, der „Daily Herald“, entspricht offenbar noch nicht dem Geschmack und den Bedürfnissen der breiten Massen, denn es arbeitet immer noch mit starkem Defizit bei einer Auflage von 300 000 bis 350 000, was für England verhältnismäßig wenig ist, besonders, wenn man die Zahl mit den Auflageziffern eines „Daily Mail“ (1 800 000) oder eines „Daily Chronicle“ vergleicht.

So wenig das äußere Bild der Städte durch den Wahlkampf verändert ist, so sehr macht sich die politische Hochspannung des Volkes in den Spalten der Presse bemerkbar. Seit vierzehn Tagen — und besonders jetzt in den letzten Tagen vor der Wahl — ist der größte Teil des Zeitungsraumes mit dem Wahlkampf gefüllt; und dieser Raum ist bei dem ungeheuren Umfang der englischen Blätter nicht gering. Leitartikel und sonstige politische Aufsätze, Sonderberichte über die Propagandareisen und -reden der „Prominenten“, „Points“, d. h. markante Punkte und Argumente, kurze Sätze oder längere Stellen aus den letzten Reden bekannter Parteiführer, Photographien, Karikaturen, Anekdoten, Witze und anderes mehr füllen ganze Spalten und Seiten der Zeitungen. Besonders die liberale Presse, die vorzüglich redigiert ist, ist ein hervorragendes Kampfmittel für die jetzt wieder vereinigten Parteien von Lloyd George und Asquith. Die konservative Partei hingegen vermag diesmal nicht im gleichen Maße wie sonst auf die Unterstützung der ihr nahe-

So wenig das äußere Bild der Städte durch den Wahlkampf verändert ist, so sehr macht sich die politische Hochspannung des Volkes in den Spalten der Presse bemerkbar.

So wenig das äußere Bild der Städte durch den Wahlkampf verändert ist, so sehr macht sich die politische Hochspannung des Volkes in den Spalten der Presse bemerkbar.

So wenig das äußere Bild der Städte durch den Wahlkampf verändert ist, so sehr macht sich die politische Hochspannung des Volkes in den Spalten der Presse bemerkbar.

So wenig das äußere Bild der Städte durch den Wahlkampf verändert ist, so sehr macht sich die politische Hochspannung des Volkes in den Spalten der Presse bemerkbar.

So wenig das äußere Bild der Städte durch den Wahlkampf verändert ist, so sehr macht sich die politische Hochspannung des Volkes in den Spalten der Presse bemerkbar.

So wenig das äußere Bild der Städte durch den Wahlkampf verändert ist, so sehr macht sich die politische Hochspannung des Volkes in den Spalten der Presse bemerkbar.

So wenig das äußere Bild der Städte durch den Wahlkampf verändert ist, so sehr macht sich die politische Hochspannung des Volkes in den Spalten der Presse bemerkbar.

stehenden Presse zu rechnen, weil eine ganze Anzahl von konservativen Blättern die Wahlparole Baldwins: „Wiedereinführung der Schutzölle“, bedauert oder gar bekämpft.

In einem erweisen sich allerdings alle bürgerlichen Blätter, gleichviel welcher Richtung, als unbedingt zuverlässig: in der Bekämpfung der Arbeiterpartei. Gewiß, die Form und die Heftigkeit dieser Bekämpfung ist verschieden, aber, abgesehen von dem linken Flügel der Liberalen, der lieber eine Koalition mit der Arbeiterpartei als mit den Konservativen eingehen würde, ist die Angst des Gesamtbürgertums vor einer Machtergreifung durch die Arbeiterpartei ungeheuer. Sie ist um so größer, als die Weiterentwicklung der Arbeiterpartei seit den letzten Wahlen im Sinne des kontinentalen Sozialismus unverkennbar ist. Sie hat die Parole des „capital levy“ ausgegeben, einer Kapitalabgabe, ähnlich im Prinzip dem deutschen Reichsnotopfer, jedoch von ganz gigantischem Ausmaß: denn es handelt sich nach ihrem Plan darum, die schwebende Schuld des britischen Reiches mit einem Schlag um 3000—4000 Millionen Pfund (60—80 Milliarden Goldmark) zu reduzieren. Gegen diese Absicht wehren sich nun die Geldmächte des englischen Kapitalismus mit allen Mitteln und stellen die Presse in den Dienst dieses Abwehrkampfes rücksichtslos ein. Ob sie nun das Fehlen einer Arbeiterpresse dahin ausnützen, um den Wahlkampf der Labour Party möglichst totzuschweigen oder um die Partei und ihre Führer in der gemeinsten Weise zu verunglimpfen, das sind nur verschiedene Formen eines gemeinsamen Kampfes zur Erreichung des gleichen Zieles, der Verhinderung einer sozialistischen Mehrheit.

Kur zwei Beispiele unter hundert: Das an sich durchaus vornehme liberale Blatt „Daily News“ hatte einen Sonderberichterstatter mit Ramsay MacDonald geschickt, als dieser sein erstes größeres Propagandatournee in der vorigen Woche unternahm. Diese Reise gestaltete sich zu einem ungeheuren Triumph. Der Grad der Begeisterung, die Zahl der zusammenströmenden Menschenmassen übertraf die kühnsten Erwartungen. Über die „Daily News“, die täglich ganze Spalten über jedes Auftreten von Lloyd George bringen und mit aufgebauten Schilderungen von enthusiastischen Szenen eine entsprechende Atmosphäre zugunsten der Liberalen erzeugen wollen, unterdrückten einfach die Berichte ihres Korrespondenten!

Die Blätter des Lord Rothermere, die ehemaligen Northcliffe-Blätter, die allerdings nicht den Ruf der Vornehmheit genießen und, wie es scheint, auch wenig Wert darauf legen, gehen gegen die Arbeiterpartei mit ganz anderen Mitteln vor. Sie betreiben eine wahre Sozialistenhege, die sogar einen Kahr und einen Westarp vor Reid zerplänzt ließe. Dabei spielt die Zugehörigkeit der Labour Party zur Internationale genau die gleiche Rolle wie bei unseren „Margariten“-Fressern. Allein mit dem Unterschied, daß die deutschen Sozialdemokraten als „Franzosenfreunde“, während die englischen Sozialisten als „deutsche Agenten“ bezeichnet werden. So konnte man im „Daily Mail“ vom 30. November in einem Leitartikel unter der Überschrift „Die deutschen Gebieter der Labour Party“ das Folgende lesen:

„Der Plan einer Kapitalabgabe ist nur verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die britische Labour Party, wie sie sich unverständlicherweise selbst nennt, nicht im geringsten britisch ist. Sie hat keinerlei Anrecht auf diesen Namen. Durch ihre wärdesose Unterwerfung unter die Herrschaft der Autorität der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Hamburg im Mai d. J. ist sie lediglich zu einem Anhänger der bolschewistischen und kommunistischen (!) Organisation auf dem Kontinent geworden. (Wohlgemerkt, die Worte „Sozialistische Arbeiterinternationale“ stehen deutlich im englischen Text, in diesem und in Hunderten von ähnlichen Heftartikeln des Rothermereschen Pressekonzerns.) Sie kann nicht selbständig handeln oder denken, sondern sie ist gezwungen, den Befehlen eines deutschen oder russischen Geheimkomitees zu gehorchen und, kraft eines dieser Befehle, muß sie für den Freiheitskampf

(d. h. für freie deutsche Einfuhr nach Großbritannien) und für freie Zulassung fremder Einwanderer in England (um dem britischen Arbeiter-Schmutzkonzern zu bieten).

Es ist nur natürlich, daß die Bolschewiki Deutschlands und Australiens Großbritannien zu ruinieren trachten als Rache für Deutschlands Niederlage. Die Kapitalabgabe ist ihre Idee. Sie haben bereitwillige Werkzeuge in der Masse der Anhänger der Labour Party gefunden.“

Und in solchem Tone geht es noch eine ganze Weile weiter. Am nächsten Tage veröffentlichte die „Evening News“ (vom gleichen Rothermere-Konzern) einen ganz ähnlichen Erguß, vielleicht den zehnten dieser Art seit vierzehn Tagen. Und das wird in Millionen von Exemplaren gedruckt, von Millionen von Wählern gelesen! Genosse Wels, der deutsche Vertreter in der Exekutive der S.A., wird wohl nicht wenig überrascht sein, wenn er erfährt, daß er es war, der im Verein mit dem „zum Bolschewismus bekehrten“ russischen Genossen Abramowitsch den Engländern den Befehl gegeben hat, die Kapitalabgabe zu ihrer Wahlparole zu machen! Oder hat nicht vielleicht auch Kadel als Vertreter der russischen Kommunisten an diesen Beratungen des „Geheimkomitees“ teilgenommen, in dem Mac Donald seine Wahlkampfparole demütig in Empfang nahm? . . .

Knilling stellt neue Forderungen.

Die Aussprache im Ausschuss des Bayerischen Landtags.

Der bayerische Ministerpräsident Knilling hielt am Mittwoch seine lange angesagte Rede im Ständigen Ausschuss des Bayerischen Landtags. Aus der vertraulichen Rede hinter verschlossenen Türen ist eine öffentliche geworden. Aus der Auseinandersetzung mit Kahr eine Auseinandersetzung mit dem Reich. „Das Reich und die Weimarer Verfassung sind an allem schuld“ war der Sinn des ersten Teils seiner Ausführungen, der sich ebenso breit wie einseitig mit einer Darlegung der Krise zwischen Bayern und dem Reich seit dem September dieses Jahres befaßte. Bayern ist nicht bereit, auch nur ein iota nachzugeben. Knilling erwartet, daß der Fall Lossow in nächster Zeit zugunsten Bayerns entschieden wird. Er erwartet, daß die Reichsregierung Ja und Amen sagt, wenn die gegen die Führer des Hitler-Ludendorff-Putsch anhängigen Strafverfahren vor den bayerischen Gerichten durchgeführt werden. Eine Auslieferung an den Staatsgerichtshof ist für Bayern nicht erörterungsfähig. Aber mehr noch. Knilling rückt mit neuen Forderungen heraus.

„Unser Heil, so schloß der Ministerpräsident, liegt nur auf nationalem Boden und in einem auf föderalistischer Grundlage aufgebauten Deutschen Reich. Die bayerische Regierung sieht es als ihre dringendste Aufgabe an, an die neue Reichsregierung als bald mit ihren Forderungen wegen eines verfassungsmäßigen Ausbaues des Reiches auf der bewährten Grundlage des Bismarckschen Bundesstaates heranzutreten. Eine sofortige Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes kann bei der gegenwärtigen Sachlage nicht verantwortet werden. Auch in Bayern muß unverzüglich zu durchgreifenden Maßnahmen geschritten werden, namentlich auf dem Gebiete der Abwehrordnung des Reiches, der Einschränkung der Staats- und Verwaltungsausgaben, der sofortigen Beseitigung der Staatseinnahmen, der Steuern und der sonstigen Abgaben. Ein einheitliches Durchgreifen in allen diesen Richtungen ist nur dann möglich, wenn die Regierung zu diesem Zweck im Wege eines Ermächtigungsgesetzes mit weitgehenden außerordentlichen Vollmachten ausgestattet wird.“

Die Erklärung Knillings kann nur als Antwort auf die Antrittsrede des neuen Reichstanzlers Marx aufgefaßt werden. Marx hatte gesagt, er wüßte den Konflikt mit Bayern auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen zu beseitigen. Knilling wünscht keine Verhandlungen. Er stellt seine Forderungen und damit basta. Das Reich hat diese

Forderungen zu schlucken und mag es darüber zugrunde gehen.

Mit der Rede Knillings tritt die bayerische Frage in ein neues Stadium. Die Erledigung der bisherigen Streitfragen nimmt Ministerpräsident Knilling kurzer Hand vorweg. In den Vordergrund rückt er eine neue Frage: Aufhebung der Weimarer Verfassung und Rückkehr zur Reichsverfassung vom Jahre 1871. Das ist aber keine einseitige Angelegenheit zwischen Bayern und der Reichsregierung. Die Entscheidung liegt beim Reichstag und den Ländern. Der Reichstag, von dem gerade die Kreise des Herrn v. Knilling behaupten, daß er in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht mehr dem Willen des Volkes entspreche, steht vor Neuwahlen und wird sich mit einer so einschneidenden Frage nicht noch befassen können. Die Forderung Knillings an den Reichstanzler Marx ist also lediglich dazu angetan, neue Verwirrung zu stiften.

Sie ist eine sehr bezeichnende Antwort auf die sanfte Taktik des Herrn Stresemann und die sanften Worte des Herrn Marx.

An die Ausführungen des Ministerpräsidenten schloß sich sofort die politische Aussprache, die gegen den Willen Knillings ebenfalls für öffentlich erklärt wurde. Außer einem kommunistischen Redner sprachen drei Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Genosse Timm bemerkte, Bayern habe noch niemals eine so jämmerliche und unfähige Regierung gehabt wie heute, die einen Herrn v. Kahr als Regenschirm benutzen könne. In dem Konflikt mit dem Reich im Fall Lossow trage allein die bayerische Regierung die Schuld. Das Weiterbestehen des Ausnahmezustandes sei vollkommen ungerechtfertigt; aber wenn schon ein einziger im Staat regiere, dann sei auch das Fortwursteln der acht Minister vollständig überflüssig. Genosse Endres stellt das theoretische Verbot der Hitler-Verbände der tatsächlichen Gestalt Paris gegenüber. Die Nationalsozialisten arbeiten im stillen unentwegt weiter und es bestände bei ihnen ganz zweifellos die Absicht, noch einmal einen Schlag zu führen. In Nürnberg z. B. veranstalten heute schon wieder unter Mitwirkung der Kartelle der Landspolizei die Nationalsozialisten vaterländische Abende. Wenn die Sozialdemokratie zu der bayerischen Justiz kein Vertrauen habe, so könne man ihr das nicht verübeln in Anbetracht der Tatsache, daß zwei Beamte des Obersten Bayerischen Gerichtshofs aktiv am Hitler-Putsch beteiligt waren. Die bayerische Regierung habe seit Januar dieses Jahres jede Autorität gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung verloren; sie habe diese Bewegung nicht nur geduldet, sondern gefördert und großgezogen und sie sei deshalb nicht zurecht die intellektuelle Urheberin der Vorgänge vom 8. November und trage die Schuld an dem vergossenen Blut. Genosse Dill bezeichnet die Ausführungen Knillings, die unsagbar kläglich und jämmerlich gewesen seien, als die Rede eines Ignoranten und nicht eines verantwortlichen Ministers. (Ordnungsruf.) Jährelang sei die Sozialdemokratie gequält, Arbeiter seien erschossen, fürchterliche Gerichtsurteile gefällt worden; jetzt aber soll der Marxismus an den bayerischen Zuständen schuld sein. Wie jetzt in Bayern regiert wird, sei ein Skandal, und wenn nicht bald die Konsequenzen gezogen würden, so trieben die Dinge zu einem neuen Putsch, wolle den Elementen vom 8. November wieder alle Betätigungsmöglichkeiten gegeben sein. — Die Aussprache wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die „Zeit“ bringt einen tendenziös zugespitzten Artikel über die Führung in der Sozialdemokratie. Der Bericht behauptet u. a., auf einem Parteitag in Köln hätten sich Spaltungstendenzen und lebhafteste Opposition gegen die Fraktionspolitik gezeigt, was bemerkenswert sei. In Wahrheit hat vor kurzem eine stark besuchte Sitzung der Parteifunktionäre Kölns sich ausnahmslos einmütig für den Standpunkt des Kölner Abgeordneten Genossen Sollmann erklärt, dessen Stellung in der Partei hinreichend bekannt ist. Von Spaltungstendenzen, besonders in Köln noch sonstwo im Rheinland, ist nirgends etwas zu merken.

Zum Vorsitzenden des amerikanischen Repräsentantenhauses ist Dill wieder gewählt worden. Die Volkswahl des Präsidenten Coolidge wird am 6. Dezember verkündet werden.

Der Bimetallist.

Wenn man all die sachverständigen Gespräche über Marxismus von Deuten hört, die nicht einmal in einem Taschenwörterbuch nachgesehen haben, was sich denn eigentlich hinter diesem spezialistischen Worte verbirgt, so fällt einem eine wunderhübsche kleine Anekdote ein, die Ludwig Frank erzählt hat.

Es war während eines Wahlkampfes. Unsere Genossen überlegten, wie sie in einer kleinen Stadt im agrarischsten Brixen eine konservative Wählerversammlung auf das possiertlichste ausliefern lassen könnten. Ein teuflischer Plan reifte heran. Es kam der Abend der Versammlung, und an die dreihundert bis vierhundert Bauern saßen behäbig pfeifequalmend in dem verräuchernden Wirtschaftsaal. Redner des Abends war ein etwas steifhäuener älterer Politiker aus der Provinzialhauptstadt, von dem man nur wußte, daß er einmal ein Büchlein über Währungsfragen, Bimetallismus und ähnliches geschrieben hatte. Der Redner war pünktlich erschienen und begann die übliche Wahrede. Nach 10 Minuten erscholl von der Galerie her in vorwurfsvoll anklagendem Tone der Zwischenruf: „Bimetallist!“ Es gab einige Unruhe, an einigen Tischen redeten die Bauern die Köpfe zusammen, der Redner stockte, wollte etwas sagen, ließ es dann aber lieber, schielte über seine Brille hinweg sehr ärgerlich nach der Galerie und begann weiter zu sprechen. Nach drei Minuten neuer Zwischenruf, diesmal aus der linken Saalecke, sehr laut und dröhnend: „Bimetallist!“ Darauf erhebliches Gesehrei: „Kuhel Kuhel!“ Darauf wieder Köpfezusammenreden an einer ganzen Reihe von Tischen, Flüstern und misstrauisches Schielen nach dem Redner. Dieser, etwas nervös geworden, nahm die Brille ab, putzte sie, schaute ein paar mal herunter, fuhr dann aber programmäßig in seiner Rede fort. Der Saal war aber jetzt nicht mehr so ruhig wie vorher, es wurde getuschelt und gerannt. Nach weiteren drei Minuten erscholl es von zwei Saalecken her ziemlich gleichzeitig in schaurig-dumpfen Tone, unerhört anklagend klingend: „Bimetallist!“

Jetzt wurde es lebhaft. In einer Ecke schlug ein Bauer brüllend auf den Tisch und verlangte, daß der Redner erkläre, ob er Bimetallist sei oder nicht; das sei doch gewiß so etwas wie ein Bismarck oder gar noch schlimmeres. Ein halbes Duzend stimmte ihm aufgeregt zu. Der Redner putzte aufgeregt die Brille. Der Vorsitzende, ein schneidiger Rittergutbesitzer, stellte mit Stenorsstimme mißbevoll die Kuh: wieder her, indem er den Redner ermahnte, zur allgemeinen Aufklärung schnell zu sagen, ob er Bimetallist sei oder nicht. Stürmische Zustimmung im ganzen Saal und vielfaches Gesehrei: „Ja, das soll er!“ Der Redner schämte sich. Er begann zunächst etwas flatternd und zaghaft: „Bimetallismus, meine Herren, oder Doppelwährung ist ein Währungssystem, mittels dessen Gold und Silber als gesetzliche Zahlungsmittel und bei einem festen Wertverhältnis von Gold- und Silbergeld herart in Umlauf erhalten werden sollen, daß der Nennwert beider Münzgattungen . . .“

Weiter kam er nicht. Brüllendes Gelächter im ganzen Saal unterbrach ihn. Laute Rufe von rechts und links und von der Galerie: „Das könnte ihm passen! So möchte er sich ausreden! So ein Bimetallist, so was will für den Reichstag kandidieren! Unerhört! Stundat! Schluß! Schluß!“

Der weitere Verlauf der Versammlung ist bald erzählt; sie löste sich in allgemeine Prügelei und unter dem hurlichen Eingreifen des besorgten Wirtes auf. — Der Redner ist nie dazu gekommen, die Bevölkerung des Städtchens über den Bimetallismus und seine Stellung zu ihm aufzuklären. So wird man denn dort noch heute wohl von ihm als von einem Dumknechte sprechen, den man erfreulicherweise noch rechtzeitig entlarvt habe.

So erzählte der prächtige Ludwig Frank. Dieses Geschichtchen geht wieder zu bringen, ist keineswegs unzeitgemäß. Es ist zu hoffen, daß es auch ein paar von den Lesenden lesen, für die der Marxismus ebenso wie für jene Bauern der Bimetallismus eine Art Schinderhannes ist.

Die deutsche Zichorienindustrie.

In der jetzigen Zeit, wo der billige Bohnenkaffee 900 Milliarden das Viertelpfund kostet, wird es angebracht sein, in Kürze ein Bild der deutschen Zichorienindustrie zu geben, die, wie alle anderen Kaffee-Erzeugnisse und Zulieferindustrien, gerade jetzt von besonderer Bedeutung ist. Die Zentrale der deutschen Zichorienindustrie ist Magdeburg, das überhaupt zu den wichtigsten Plätzen der deutschen Nahrungs- und Genussmittelindustrie gehört und neben Zichorien noch gewaltige Mengen von Rübenprodukten, Rübenzucker, Malzkaffee, Reis, Kunsthonig, Margarine, Sauerkohl, Marmeladen, Gemüsekonserven und Präferenzen auf den deutschen Markt wirft. Allen Deutschen, die in ihrem Vaterlande einigermaßen Bescheid wissen, wohlbekannt ist die ungemein fruchtbare Magdeburger Börde, ein Zuderrandland ersten Ranges. Hier wird, meist als Vorkultur für die Zuckerrübe, die Zichorie angebaut, jene sparrig verzweigte, krautartige Pflanze mit leuchtend blauen Blüten und tiefgebenden fleischigen Wurzeln, die in ganz Deutschland wild wächst und hier, bei systematischer, jahrhundertlanger Kultur besonders gut entwickelte Wurzeln aufweist, die zuerst gedarrt und dann gebrannt werden. In Magdeburg bestehen für beide Behandlungen Großbetriebe. Der ertragreichste Same ist der sogenannte Magdeburger Spitzopf. Zuerst wurde die Zichorie im Braunschweigischen angebaut, nachdem ein Hofgärtner in Arnstadt in Thüringen herausgefunden hatte, daß man aus ihrer Wurzel Kaffee-Ertrag drehen kann. Aus dem Braunschweigischen kam die Kultur der Zichorie in die Börde, wo sie schon im 18. Jahrhundert zu den Anfängen der berühmten Magdeburger Zichorienindustrie führte. Die deutsche Zichorienanbauländer betrug 1913 9048 Hektar; davon entfielen rund zwei Drittel (6912 Hektar) allein auf die Provinz Sachsen, in dieser wiederum der Hauptanteil auf die Börde.

Neben Magdeburg wessen Breslau, ferner Berlin und Ludwigslund in Vorpommern eine namhafte Zichorienindustrie auf. Das württembergische Anbaugesbiet umfaßte 1913 1577 Hektar, das bairische im gleichen Jahre 1049 Hektar, wobei zu bemerken ist, daß

die früher in Baden so zahlreichen Zichorienfabriken bis auf eine (1922) eingegangen sind. Vor dem Kriege war der Zichorienanbau stetig zurückgegangen, weil der Kaffee immer wohlfeiler wurde. Während des Weltkrieges wurde das anders; der Kaffee blieb fast ganz aus, und die Zichorie bzw. Erbsenindustrie blühte mächtig auf. Nach 1918 kam eine kurze Rückentwicklung, die aber neuerdings infolge der Balkan schon wieder vorüber ist. Sehr wahrscheinlich wird der Zichorienanbau noch auf lange hinaus sehr rentierend sein.

Maurice Barrès gestorben. Der Dichter Maurice Barrès, der Präsident der französischen Patriotenliga, der nationalistische Literat und unermüdete Propagandist, ist im 62. Lebensjahre, wie ein Telegramm aus Paris meldet, gestorben. Er war in Charmes an der Mosel geboren und tat sich auf seine lothringische Abstammung viel zugute. Zunächst ein Verehrer Richard Wagners, wie der deutschen Literatur überhaupt, begann er seine politische Laufbahn als „Éclaircisseur“. Wie so viele der jungen literarischen Schule Frankreichs, bekehrte er sich Ende des 19. Jahrhunderts zum Nationalismus, ohne freilich, wie die meisten anderen seiner Gesinnungsgenossen, damit auch in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche und der mit dieser im Bunde stehenden Monarchie zurückzuführen. Diesen Schritt machte er erst zwei Jahrzehnte später, ohne jedoch ausgesprochener Keriker oder Kogalst zu werden. Wenn auch seine literarischen Produktionen durchaus beeinflusst wurden von seinen wechselnden politischen Anschauungen, so muß man doch unterscheiden zwischen dem Literaten und dem Politiker Barrès. Der Politiker Barrès war und blieb bis an sein Lebensende ein Dilettant, während der Schriftsteller über eine beachtenswerte Meisterschaft in der Aneinanderreihung von Situationen und Stimmungsvorgängen verfügte. Sein Talent war jedoch ein auf den Roman begrenztes und wurde durch seine politischen Vorurteile noch weiter beeinträchtigt.

Was eine englische Wahl kostet. Die englischen Wahlen, die augenblicklich wieder mit größtem Eifer von der ganzen politischen Welt Großbritanniens betrieben werden, verschlingen sehr große Summen. Wie eine Londoner Zeitschrift ausrechnet, kostet eine solche Wahl das Land mindestens 30 Millionen Goldmark. In diesem Jahre bewerben sich 1200 Wahlkandidaten um die 613 Sitze, und da es jedem Kandidaten gesetzlich gestattet ist, die Summe von 5 Pence für einen Wähler in einer Kleinstadt und in einer Großstadt 7 Pence für den Wähler auszugeben, so gehen schon durch diese Summen, die so gering angesetzt sind, da sie voll ausgenutzt werden, etwa 700 000 Pfund Sterling drauf. Die übrigen 800 000 Pfund Sterling werden durch die Gehälter der Mitarbeiter der Kandidaten und die Unterführung der Wahlbüros verschlungen. Jeder Kandidat muß über die Ausgaben, die er und seine Helfershelfer machen, genaue Rechenschaft geben, damit er nicht sich gegen das Bestrafungsgesetz vergeht. Wenn seine Wahlagenten nicht geschickt genug sind, die Summen, die sie für die Bearbeitung der Wähler verwenden, in den gesetzlichen Grenzen zu halten, dann kann es dem Kandidaten sehr schlecht ergehen. Schon in verschiedenen Fällen sind Abgeordnete, die pflichtlich gewählt waren, ihrer Ehre für verlustig erklärt worden, weil herauskam, daß sie bei der Wahl für große Summen ausgegeben hatten. Das meiste Geld der Auf-

Das Partei-Notopfer für Berlin

Reichsbankkandidat Helfferich.

Das Direktorium und der Zentralausschuß der Reichsbank haben beschlossen, den deutschnationalen Abgeordneten Dr. Helfferich zum Reichsbankpräsidenten vorzuschlagen. Die Ernennung zu diesem Amt liegt dem Reichspräsidenten ob. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß Helfferich der denkbar ungeeignete Leiter des Zentralnoteninstitutes der deutschen Republik ist. Er ist der Hauptschuldige, wenn die Mark den katastrophalen Niedergang durchmachen mußte. Er hat die verschwenderische Schuldenwirtschaft des Reiches eingeleitet, er hat noch bis in die letzten Monate der Regierung Cuno hinein seinen verhängnisvollen Einfluß geltend gemacht, um ebenso sehr wirtschaftliche Maßnahmen wie eine aktive Währungsreform zu verhindern. Es ist daher kein Wunder, wenn er die volle Billigung und Hochachtung derjenigen Kreise findet, die den Billionenkurs der Mark mitverschuldet haben.

Das Autonomiegesetz der Reichsbank führt zu der widerstimmigen Konsequenz, daß die Leute, welche eine Währungsreform gemacht haben, nun auch noch das Recht bekommen, sich einen Präsidenten auszusuchen oder vorzuschlagen, der von vornherein durch seine politische Vergangenheit und seine finanzpolitische Auffassung das Zeug mibringt, um den Versuch einer Währungsreform zu verzeiteln und zu mißkreditieren. Wenn diejenigen Leute, die die Mark in den Abgrund sinken ließen — das Reichsbankdirektorium, das erst zu einer Währungsreform gezwungen werden mußte — und diejenigen, welche daran glänzend verdient haben, nämlich die Bankvertreter im Verwaltungsrat der Reichsbank, einem Manne ihr Vertrauen aussprechen, so heißt das, daß sie seiner Zustimmung zu ihren bisherigen Handlungen sicher sind und auch in Zukunft nichts von ihm zu befürchten haben. Was wir aber brauchen, ist eine Reform der Reichsbank an Haupt und Gliedern, ihre Umstellung zur Goldnotenbank und nicht eine Bewerigung eines Gemischts von Unfähigkeit und Unbeholfenheit gegenüber Interessenteneinflüssen, das bisher an dieser Stelle gestanden hat. Der Reichspräsident wird hoffentlich die Ernennung Helfferichs nicht aussprechen, dessen Name und dessen Vergangenheit allein genügen würden, um auch das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Währungsreform vollständig zu untergraben.

Die Deckung der Rentenmark.

Die Rentenmark ist bekanntlich durch Grundschulden der Landwirtschaft und Schuldverschreibungen der Industrie gedeckt, die rechtlich bereits seit dem Inkrafttreten des Rentenbankgesetzes in Geltung sind. Jetzt wird dieses allgemeine Gesetz durchgeführt. Den Beteiligten gehen die Festsetzungen sehr unklar, die die Höhe der Grundschuld oder Schuldverschreibung des einzelnen angeben, in den nächsten Tagen zu.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Rheinlandfrage und Erwerbslose.

Im Reichskabinetts wurde gestern die Beratung über die Rheinlandfrage fortgesetzt. In Uebereinstimmung mit der Stellungnahme der preussischen Staatsregierung beschloß auch die Reichsregierung, daß die Lösung der Rheinlandfrage nur im Rahmen der Reichs- und Landesverfassung erfolgen könne.

In einer gemeinsamen Beratung des Reichskabinetts mit dem preussischen Kabinetts wurde weiter eine Aussprache gepflogen über die Mittel zur Milderung der immer schwerer sich gestaltenden

gestellten wird durch „Wahlliteratur“ verschlungen. Sobald die Wahlen ausgeführt sind, beginnt für die englischen Drucker eine Hochsaison, denn sie werden mit Aufträgen für Plakate und Flugblätter überflutet. Bei der letzten Wahl wurden gegen 50 Millionen Flugblätter verteilt. Der größte Teil der Wahlkosten wird durch die großen politischen Organisationen ausgebracht, die Redner über das ganze Land hin schicken, Millionen von Flugblättern drucken lassen usw.

Wohltätigkeit mit Japsenstreich. Früher übernahm S. M. oder einer seiner Anhänger das Protektorat. Das ist ja jetzt nicht mehr so leicht möglich, aber doch geht es im alten welthelmschen Sinne weiter. Das Berliner Kongresshaus veranstaltete am 5. Dezember zugunsten der Altershilfe der preussischen Regierung ein Wohltätigkeitsfest. Ein Fest, auf dem man sich für irgendwelche Beläden anderer vernünftigen kann, ist ja eigentlich an sich schon immer parat. Je mehr Wein und Schnaps verteilt wird, desto höher steigt die Lust und mit ihr der Heberhuhns. Vergnügen muß sein, sonst geht eben niemand zum Begräbnis mit. Auf belagtem Wohltätigkeitsfest wird es ja wahrscheinlich ganz im alten preussischen Stil zugegangen sein. Das besagten schon die Ankündigungen: Militärmusik — Alle Armeemärsche — Großer Japsenstreich.

Hoffentlich stehen nun auch die Hungernden und Frierenden ein, doch es sich beim Klagen von „Preussens Gloria“. Ich bin ein Preusse“ usw. viel besser und mit größerer Ausdauer hungern und frieren läßt. Wenn sie es aber nicht einsehen, müssen sie eben ihren Schmachtrienamen auf das nächste Loch einstellen.

Die entzweite Theaterinteressengemeinschaft. Wie vom Schauspielereiche mitgeteilt wird, mußte die eben begonnene Interessengemeinschaft zwischen dem Deutschen Theater und dem Schauspielereiche infolge allzu tiefgreifender künstlerischer und persönlicher Schwierigkeiten wieder aufgegeben werden. Beide Bühnen trennen sich, und das Schauspielereiche wird wieder in einem eigenen Hause seine Vorstellungen mit Elisabeth Bergner, Heinrich George, Karl Eilinger, Ernst Deutsch, Alexander Granach und den anderen Mitgliedern aufnehmen.

Worin die tiefsten Ursachen des bedauerlichen Zerfalls zu suchen sind, muß näher untersucht werden. Jedemfalls muß im Interesse des Schauspielereiches, das neue Wege geht, ohne Direktion und Unternehmertum auskommen will und darum sofort allen mit dem Unternehmertum verknüpften Feuilletonisten verdächtig ist, Klarheit geschaffen werden.

Verträge. Donnerstag 7½ Uhr, findet im Werner-Elemens-Realschulhaus Hohenzollernstr. ein Heimortraz über die „Insel Scharfenberg“ statt. Referent Dr. V. D. V. Kasten in der „Berliner“, Magdeburger Str. 7 und im Vorortbahnhof.

St. Canger und Trilz Felixus werden am Sonnabend, den 8. d. M., in der Berliner Sezession Märchen, Regenbogen, Märchen.

Ein Weigenbauer Ehren doktor. Die Ronsbruder Universität hat den Weigenbauer Eugen Goerner in Ehrentanz in Anerkennung seiner hervorragenden Förderung musikwissenschaftlicher Bestrebungen zum Ehren doktor ernannt.

Eine deutsche Ausstellung in Rom. Die Lehrmaterialausstellung deutscher Beschäftigten wurde in Rom eröffnet. Professor Strauß, der Vertreter des Nationalvereins, hielt die Eröffnungsvorrede. Ein internationaler Wagon an den italienischen Schulen ist bereits geliefert. Die Ausstellung soll später in Peking und in Stockholm gezeigt werden.

wird zum Kampf gegen die politischen Meuchelmörder von rechts, wie zur Abwehr der gesamten Reaktion überhaupt, dringend gebraucht. Die Kassen der Verschwörer werden aus großkapitalistischen und agrarischen Quellen reichlich gespeist. Unsere Kassen müssen daher auch gestärkt werden. Geldsendungen für den Kampffonds überweise man auf Postcheckkonto 48743 an Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Es wurde der Beschluß gefaßt, Erwerbslosenunterstützungen künftig in solchen Fällen nicht mehr zu bezahlen, in denen von nachweislich vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht wird.

Die Umstellung im Ruhrgebiet.

Esfeld, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die Arbeitsaufnahme bzw. die Vorarbeiten zur Wiederaufnahme der Arbeit im Bergbau sind überall im Gange. Gleichzeitig werden aber in anderen Berken planmäßig Arbeiterentlassungen vorgenommen. Mit der Verwirklichung des Abschlusses von 30 Proz. überflüssiger Arbeiter aus dem Ruhrgebiet muß gerechnet werden. Die Einstellungen von Arbeitern erfolgen nach den bekannten neuen Richtlinien. Einige Berke beabsichtigen, nur unverheiratete Arbeiter einzustellen, um dadurch die sozialen Gehaltszulagen zu vermeiden.

Im besetzten Gebiet ist die Rentenmark nur in ganz geringem Umfange vorhanden. Die Kaufleute gemöhren bei Bezahlung mit wertbeständigem Geld Rabatte bis weit über 20 Proz. Das trägt natürlich sehr zur Verärgerung der in Papiergeld entlohnten Arbeiter bei. In Gelsenkirchen ist durch die regelmäßige Auszahlung der Erwerbslosengelder, die nunmehr alle zwei Tage erfolgt, zwar eine Beruhigung eingetreten, die durch das Sinken der Lebensmittelpreise noch gefördert wird. Dazu kommt, daß im Gelsenkirchener, Bochumer und Dortmundener Bezirk fast alle Zeichen der Arbeit wieder aufgenommen haben. In Bochum kam es allerdings am Mittwoch vormittag noch zu einer Bergarbeiterdemonstration vor dem Landratsamt und auch in Eickel bei Wanne landten zur gleichen Zeit Erwerbslosendemonstrationen statt. Hier zogen die Demonstranten, einige tausend Personen, nach Wanne vor das Amtshaus. Die Polizei mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen. Die Demonstranten hatten sieben Tote und viele Verwundete, die Polizei zwei Schwerverwundete. Die Franzosen griffen erst zum Schuß ein. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Die Eisenbahn im Ruhrgebiet.

Beratung im Reichsverkehrsministerium.

Wie die Epprecht-Korrespondenz erfährt, tritt heute vormittag der Organisationsausschuß der Reichsverkehrsverwaltung zusammen, der aus Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und Vertretern der wirtschaftlichen Organisationen besteht. Er soll zu dem Abkommen Stellung nehmen, das in Mainz zwischen der französisch-belgischen Eisenbahnregie und der deutschen Eisenbahnverwaltung über den künftigen Eisenbahnbetrieb im besetzten Gebiet vereinbart worden ist. Reichsverkehrsminister Dejer hat sein Erscheinen zugesagt. In dieser Besprechung wird den Organisationsvertretern auch Mitteilung gemacht werden über die Verhältnisse, die sich für das Personal der Eisenbahn in den besetzten Gebieten auf Grund der Vereinbarungen ergeben. Die Regie hat sich bereit erklärt, einen großen Teil dieser Arbeiter zu übernehmen. Der Fünfschneer-Ausschuß der besetzten Gebiete, der bekanntlich gleichfalls heute zusammentritt, wird sich auch mit diesen Fragen beschäftigen.

Reichswehr und sächsische Regierung.

Dresden, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ berichteten am Mittwoch über eine angebliche Bespiegelung der Reichswehr durch Beamte der sächsischen Regierung. Minister Liebmann erklärt hierzu u. a., daß alles in dem Artikel behauptete schon am 30. Mai d. J. von der sächsischen Regierung mit dem Reichswehrminister Geßler und dem General Müller besprochen und auch zwischen der sächsischen Regierung und der Reichswehr über diese Beobachtungen mehrfach verhandelt worden ist. Der Tatbestand ist folgender: Bei den der sächsischen Regierung pflichtgemäß obliegenden Beobachtungen von Waffentransporten, Waffentagern, Munitionslagern usw. führten bestimmte Spuren in auffälliger Weise immer wieder zur Reichswehr. Ost wurden bei Zivilpersonen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Reichswehr gebracht wurden, Waffen gefunden. Da die Zivilpersonen, die in diese Dinge verwickelt waren, der Regierung als extrem rechtsgerichtetes Elemente bekannt waren, weil sie sich jederzeit in diesem Sinne betätigt haben, mußte die Regierung befürchten, daß diese Personen der republikanischen Bevölkerung Sachsens einmal recht verhängnisvoll werden könnten. Deshalb war die Regierung verpflichtet, im Interesse der Republik, deren Schutz ihr anvertraut ist, mit großem Nachdruck solche Beobachtungen zu betreiben und die Zusammenhänge zwischen Extrem-Rechtsradikalen und Reichswehr festzustellen. Die tatsächliche Entwicklung hat leider nur zu deutlich gezeigt, daß die Befürchtungen der sächsischen Regierung begründet waren. Gerade die Auffüllung der Reichswehr mit rechtsradikal gesinnten Elementen aus Kreisen des Bürgertums, der Studenten, der Stahlhelme usw. ist schuld daran, daß in der bekannten Weise mit der republikanischen Bevölkerung durch Reichswehrtätigkeiten umgesprungen wurde. Der Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ verfolgt offensichtlich den Zweck, die sächsische Regierung „Sturmreif“ zu machen und die Begründung dafür zu geben, daß der Ausnahmezustand in Sachsen aufrechterhalten werden müsse.

Das Wehrkreiskommando hat seine „Säuberungsaktion“ jetzt über alle Polizeibezirke Sachsens erstreckt. Alle im Polizeidienst stehenden Beamten, von denen angenommen wird, daß sie sich nicht den vom Wehrkreiskommando veränderten Verhältnissen anpassen werden, müssen bis zum 8. d. M. zur Entlassung gemeldet werden.

Verdienst- und Einkommensgrenze in der Krankenversicherung. Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers ist mit Wirkung vom 3. Dezember 1923 ab die Verdienst- und Einkommensgrenze in der Krankenversicherung auf 150 Goldmark monatlich festgesetzt worden.

Niederschönenfeld.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Während der Eisener-Mörder in Landsberg die vorzüglichste Behandlung genießt und unter den Bauern der dortigen Umgebung ungehörig wittelschadimonarchistische Propaganda zu betreiben vermag, wird das Los der Niederschönenfelder Festungsgesangenen immer unerträglicher. Das Recht der Selbstverpflegung wird den Gefangenen genommen, die Anstaltsverpflegung aber wurde durch Ministerialverordnung ganz bedeutend eingeschränkt. Die Briefzensur wird mit härtester Billür ausgeübt; jedes Wort des Dankes für empfangene Sendungen wird zum Akt genommen „wegen agitatorischer Redewendungen“ oder „wegen Anknüpfung neuer Verbindungen“. Die Mitteilung an den Absender, daß ein Brief nicht ausgehändigt wurde, wird beschlagnahmt „wegen der nachteiligen Wirkungen, die dem Strafvolkzug daraus bereitet werden könnten“.

Diese Zensurausübung ist zweifellos ungesetzlich und widerspricht dem Geist der Festungsstrafe durchaus. Das Empfindliche jedoch ist, daß in der letzten Zeit Geld- und Warensendungen, die von irgendwelchen Organisationen an die Niederschönenfelder Gefangenen einlaufen, den Gefangenen nicht mehr ausgehändigt werden, „da der Ursprung agitatorischen Charakters verrät“. So wurde erst jüngst ein Geldbetrag, den die Zwickauer Genossen dem Genossen Toller übersandt hatten, von der Anstaltsverwaltung zurückgewiesen. Es ist das nur eines der unzähligen Beispiele dafür, wie schamlos in Bayern zugunsten von Sozialisten und Republikanern der Rechtsboden verlassen wird. Es ist überflüssig zu bemerken, daß hier ein Eingreifen des neuen Reichsjustizministers, des Augsburger Staatsanwalts Emminger, zwecks Herstellung des dauernd verletzten Rechts nicht erwartet werden kann. Allein der gewerkschaftlichen Frauenhilfe für politische Gefangene in München ist es gestattet, den Niederschönenfelder Gefangenen zukommen zu lassen. Alle Genossen und sonstigen Wohltäter, die anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes zur Binderung der Roten der Niederschönenfelder Gefangenen und ihrer Angehörigen beitragen wollen, werden deshalb gebeten, ihre Spenden (Geld, Lebensmittel, Bekleidungsstücke, Bücher, Rauchwaren usw.) an folgende Adresse zu senden: „Frauenhilfe für politische Gefangene, München, Postfach 40 (Gewerkschaftshaus)“.

Schicksal der Sachverständigenausschüsse.

Englands und Amerikas Haltung.

London, 5. Dezember. (W.T.B.) Reuter erfährt, daß in London nichts Endgültiges über die Haltung bekannt ist, die die Washingtoner Regierung gegenüber dem neuen Plane der Reparationskommission für die Untersuchung der deutschen Finanzen einnehmen wird, aber man hoffe, daß die Vereinigten Staaten sich in der Lage sehen werden, in den Untersuchungskomitees vertreten zu sein. Auf jeden Fall liege die Frage der eventuellen Beilegung Großbritanniens in Abwesenheit der Vereinigten Staaten vollkommen in den Händen der Reparationskommission in Paris.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet, daß die amerikanische Regierung sei jetzt offiziell der Plan der Reparationskommission, zwei Ausschüsse zur Untersuchung der deutschen Finanzen zu bilden, mitgeteilt worden. Sie sei eingeladen worden, die Möglichkeit der Ernennung amerikanischer Sachverständiger zu Mitgliedern zu erwägen. Dieses Stadium sei vorgestern erreicht worden, als seitens des Staatssekretärs Hughes Versicherungen über den andauernden Wunsch Amerikas, hilfreich zu sein, gegeben wurden. Hughes habe jedoch genauere Informationen bezüglich der Arbeit der Ausschüsse gewünscht und vor Eintreffen dieser Informationen sei kein Fortschritt zu erwarten. Die Vereinigten Staaten seien gleich der britischen Regierung hauptsächlich an dem ersten der beiden Ausschüsse interessiert, der sich mit den Mitteln zur Ausgleichung des deutschen Budgets und der Stabilisierung der deutschen Währung befaßt. Kein Plan zur Ausgleichung des deutschen Budgets und der Stabilisierung der deutschen Währung könne aufgestellt werden, ohne Untersuchung des gesamten deutschen Staatslebens, eine Untersuchung, wie sie die Vereinigten Staaten vor einem Jahre vorschlugen und der sich Frankreich vor kurzem zugestimmt weigerte. Wenn Frankreich jetzt einverstanden sei, daß diese Untersuchung stattfinden, so bestünde einige Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten sich bereit erklären, amerikanische Sachverständige in die Ausschüsse zu ernennen. Andernfalls würden sie es höflich ablehnen, an den Arbeiten des Ausschusses teilzunehmen. Die Frage sei, wieviel Frankreich zu geben bereit sei. Paris werde jetzt um Informationen über diesen Punkt ersucht.

Zeitungskönige in Deutschland und England

Aus der Rätseldecke der „Zeit“.

Die „Zeit“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, erhält von einem in England weilenden Freund einen Brief, in dem es heißt:

„Ebenso wie in Deutschland hat auch in England die Entladung dahin geführt, daß mehr und mehr große Pressekreuze geschaffen wurden, die unter der Herrschaft bestimmter Persönlichkeiten stehen und sich unter Umständen auch gegen die eigenen Parteiführer wenden, falls diese nicht denjenigen Interessen dienen, die von den Zeitungskönigen vertreten werden. In England handelt es sich um die Pressekreuze, die unter der Herrschaft von Lord Rothermere und Lord Beaverbrook stehen. Diese Pressekreuze schlagen die Wahlschlacht. Wie schädlich ihr Einfluß sich äußern kann, ist daraus zu ersehen, daß das berühmte Heftblatt „Daily Mail“, das sonst unbedingt für die Konservativen eintritt, an seine Leser die Aufforderung richtet, sich der Stimme zu enthalten und dadurch die Konservativen zu schwächen oder sie zu Fall zu bringen.“

Der Freund der „Zeit“ gibt Rätsel zu raten. Wer sind die deutschen Zeitungskönige, die von ihren Lohnschreibern alles bekämpfen lassen, was gegen ihre Geschäftsinteressen ist? Wer ist der deutsche Parteiführer, der auf diese Weise bekämpft wird? Und wie heißt das deutsche „berühmte Heftblatt“?

„Dunlop Dunlop Dunlop“ usw.

„Dunlop Dunlop Dunlop“ usw.

Sowjetrußland und der Vatikan. Die Vorstellungen des Vatikan betreffend die neuesten Verordnungen der katholischen Geistlichkeit in Sowjetrußland beantwortete Tschischerin mit einer Note, worin er die Bedingungen anbat, unter denen die russische Regierung bereit wäre, ihre Repressionsmaßnahmen einzustellen. Die wichtigste dieser Bedingungen ist die Anerkennung Sowjetrußlands.

Gewerkschaftsbewegung

Löhne und Wirtschaftslage.

Seit dem Herbst des vorigen Jahres hat sich die Wirtschaftslage Deutschlands von Monat zu Monat fast ununterbrochen verschlechtert. Der Beschäftigungsgrad der Industrie ging ständig zurück. Sollte man den Behauptungen der Unternehmer und ihrer Sachwalter folgen, dann müßte man sagen, daß diese Verschlechterung der Wirtschaftslage eingetreten ist trotz der Markterweiterung und trotz des Rückganges der Reallohne. Die führenden Wirtschaftsmänner im Unternehmerlager behaupteten bislang und behaupten heute noch, daß die deutsche Industrie nur floreren könne, wenn sie durch Unterbezahlung ihrer Arbeiter, durch faktische Steuerfreiheit und billige Tarife der ausländischen Industrie Konkurrenz mache könne.

Diese Behauptungen werden nicht richtig, weil sie immer wiederholt werden. Man kann sich eine bessere Widerlegung dieser Behauptungen nicht denken, als gerade die beispiellose Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig in Deutschland herrscht und die ungleichmäßig größer ist, als in den Ländern, wo die Geldentwertung nur geringfügig ist. Und dies bei ständig zurückgehenden Löhnen. Eine Untersuchung des Reichsstatistischen Amtes, veröffentlicht in "Wirtschaft und Statistik", entnehmen wir folgende Zahlen über die Entwicklung der Reallohne der deutschen Arbeiter vom April bis September dieses Jahres.

Die Löhne der gelernten wie der ungelerten Arbeiter im Bergbau, im Baugewerbe, in der Holz- und Metallindustrie, in der Textilindustrie, sowie die Löhne der Fabrikarbeiter und der Bauarbeiter betragen im Reichsdurchschnitt im April 23,84 M., im Mai 20,46 M., im Juni 20,42 M., im Juli 15,06 M., im August 20,08 M. und im September 18,09 M. Im Verhältnis zur Vorkriegszeit war der Prozentsatz im April 96,78, im Mai 84,79, im Juni 84,62, im Juli 62,41, im August 86,95, im September 78,70.

Eine Fortsetzung der Untersuchung für die Monate Oktober und November wird zweifellos aufzeigen, daß diese Löhne während der letzten zwei Monate noch ganz außerordentlich gesunken sind. Ohne die Einwirkung der ungelerten Arbeiter, wie der Textil- und Fabrikarbeiter, die vor dem Kriege besonders schlecht bezahlt wurden, würde das Ergebnis dieser Untersuchung einen noch stärkeren Rückgang der Löhne aufzeigen. So ergibt zum Beispiel eine Untersuchung, die über die Reallohne der Berliner Metallarbeiter in Klasse I und II für die Zeit vom 8. September bis 7. Oktober 1923 im Verhältnis zu 1914 im selben Heft veröffentlicht ist, daß diese Löhne während der angegebenen Zeit zwischen 20,3 und 46,8 Proz. des Vorkriegslohnes betragen.

Und was war das Ergebnis dieser beispiellosen Lohnrückerei? Im Anschluß an diese Lederhaut über die Löhne wird eine Uebersicht der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Fachverbänden der Industrien veröffentlicht, über die sich die Untersuchung erstreckt. Und da ergibt sich, daß 49,25 Proz. sämtlicher Arbeiter dieser Industrien im September entweder ganz erwerbslos oder auf Kurzarbeit gestellt waren! Das ist also das Ergebnis einer systematischen Lohnrückerei mit Hilfe der Geldentwertung. Rund die Hälfte aller Arbeiter waren bereits im September ganz oder teilweise arbeitslos. Heute sind es infolge des weiteren Zurückgehens der Löhne drei Viertel aller Arbeiter.

Statt aus dieser Erfahrung zu lernen, wollen die Unternehmer jetzt bei der Umstellung auf Goldlöhne diese Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes "stabilisieren", d. h. mit anderen Worten, die deutsche Wirtschaftskrise verewigen. Die Unterbindung der Leistungsfähigkeit und der Kaufkraft der deutschen Arbeiterkraft ist gleichbedeutend mit der Unterbindung der Beschäftigung der deutschen Industrie und ihrer Unfähigkeit, sich gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt reichlich behaupten zu können.

Wenn wir die Forderung verneten, daß die deutsche Arbeiterkraft ausreichende Löhne erhalten muß, dann geschieht dies nicht nur im Interesse der Arbeiterkraft selbst, sondern gleichzeitig im Interesse der Gesamtwirtschaft Deutschlands. Die gesamte Entwicklung des 19. Jahrhunderts in Europa hat gezeigt und die jüngste Entwicklung in den Vereinigten Staaten hat es aufs neue bewiesen, daß die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie aufs innigste verwichen ist mit der hohen Leistungsfähigkeit seiner Arbeiterkraft. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiterkraft aber, darüber gibt es unter allen einsichtigen Fachleuten keinen Streit, hängt wesentlich ab von hohen Reallohnen und kurzer Arbeitszeit. Die deutschen Unternehmer, die jetzt in kurzfristiger Gewinnmacht den entgegengelegten Weg gehen wollen, versuchen damit, die deutsche Wirtschaft ins Verderben zu stürzen.

Streik in der Glasindustrie.

50 000 Berliner Arbeiter bedroht.

In der Glasindustrie in Niederschlesien ist es zu einem bedeutenden Streik gekommen, an dem über 8000 Glasarbeiter beteiligt sind. Die Ursachen sind folgende. Bei der letzten Lohnverhandlung wurden der Arbeiterschaft nur minimale Zugeständnisse gemacht, und als darauf das Reichsarbeitsministerium angriffen wurde, erklärten sich die Arbeiter mit dem gefällten Schiedsspruch einverstanden, während die Unternehmer den Schiedsspruch ablehnten. Die Unternehmer kamen darauf mit weiteren Verschlechterungen und verlangten 1. die Arbeitszeit muß von 8 auf 9 Stunden ausgedehnt werden; 2. die Abnahme des vom Glasmacher angefertigten Glases erfolgt erst, wenn der gesamte weitere Veredelungsprozeß vollzogen ist, und 3. wird den Glasmachern der Vorschmelzer genommen.

Diese ungeheuren Verschlechterungen bedeuten folgendes: 1. kann

die Arbeitszeit in der Glasindustrie nicht weiter verlängert werden, wenn die Glasmacher nicht bei der ungeheuren Hitze und der mangelhaften Ernährung zusammenbrechen sollen; 2. soll dem Glasmacher erst das angefertigte Glas bezahlt werden, wenn es vollkommen veredelt ist; dann muß der Glasmacher den Bruch tragen, der von der Arbeit des Glasmachers bis zur völligen Fertigstellung der Gläser entsteht. Dieser Bruch ist oft sehr groß; 3. haben die Glasmacher, die die eigentliche Glasmasse schmelzen, nur Nacharbeit. So gelang noch dem Krieg dahin zu wirken, daß an jedem Kasofen zwei Schmelzer beschäftigt werden, so daß ein Schmelzer den Schmelzprozeß vorbereitet, der andere diesen vollendet, und so war für die Schmelzer gleichfalls der Achtstundentag gegeben. Diese Erzeugnisse soll den Schmelzern genommen werden. Damit würden die Schmelzer wieder wie früher mindestens 12 Stunden in jeder Nacht zu arbeiten haben.

Die Arbeiter haben das Verlangen der Industrien abgelehnt und traten am 15. November in den Streik, der mit ungeheurer Zähigkeit geführt wird. Bei der allergeringsten Unterstützung stehen

Große Funktionärkonferenz aller Partei- u. Gewerkschaftsfunktionäre der DSDP. Gr.-Berlin

am Montag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, im Deutschen Hof, Ludowic-Str. 15 (großer Saal). Tagesordnung: "Die Politik der Partei." Referent: Parteivorstandender Gen. A. Crispian, Mitg. d. Reichstags. — Diskussion. Ohne Mitgliedsbuch und Funktionärkarte kein Zutritt. Der Bezirksvorstand.

Die gesamten Glasarbeiter seit 3 Wochen im Streik. Unter dem Belagerungszustand hat die Polizei die Streikbreiter wiederholt früh zwischen 4 und 5 Uhr aus den Betten geholt und verhaftet. Dagegen ist Beschwerde eingelegt worden. Die Glasindustriellen führen den Kampf mit der allergrößten Rücksichtslosigkeit und wollen der Glasarbeiterschaft die Verschlechterungen aufzwingen. Der Streik zieht weitere Kreise. Wird der Streik nicht in einigen Tagen beigelegt, dann dürften sicherlich die großen Betriebe des Oseram-Konzerns in Berlin in Mitleidenschaft gezogen werden, weil die Glühbirnen für die elektrischen Lampen in der Bauzeit hergestellt und in den Berliner Betrieben weiter verarbeitet werden. Wenn also der Streik nicht in den nächsten Tagen beendet wird, werden 40 000 bis 50 000 Arbeiter der Berliner Elektrizitätsindustrie auf die Straße geworfen. Und das, weil es einigen Glasindustriellen beliebt, von den unterernährten Glasarbeitern den Neunstundentag zu verlangen, der übrigens gesetzwidrig ist. Schon deshalb müßte von den zuständigen Behörden, in erster Linie vom Reichsarbeitsministerium, eingegriffen werden.

Die Beschäftigung der Invaliden.

Die Beschäftigung der Invaliden ist in allen am Weltkrieg beteiligten gemessenen Staaten ein wichtiges Problem, mit dem sich das Internationale Arbeitsamt seit langem befaßt. In einem ihm vorgelegten Bericht wird die Zahl der invaliden Kriegsteilnehmer auf mehr als zehn Millionen geschätzt, wovon 1 500 000 auf Frankreich, 1 170 000 auf Großbritannien, 1 537 000 auf Deutschland und 800 000 auf Italien treffen. Die große Mehrzahl der Invaliden sind Arbeiter. In Deutschland zum Beispiel unterstehen über 80 Proz. der obligatorischen Krankenversicherung, und dieses Verhältnis kann wohl als typisch betrachtet werden, so daß die Gesamtzahl der kriegsinvaliden Arbeiter etwa acht Millionen ausmacht. Die meisten von ihnen stehen in den Altersklassen zwischen 25 und 45 Jahren, also gerade in dem Alter der größten Leistungsfähigkeit.

Bei Behandlung der Frage der Beschäftigung dieser Invaliden ist von zwei wesentlichen Gesichtspunkten auszugehen: 1. Arbeit ist für die große Mehrzahl von ihnen eine unbedingte Notwendigkeit. Vor dem Kriege lebten die meisten von ihnen von ihrem Lohn; sie beziehen nun Invalidenrenten, aber diese sind in keinem Staat hinreichend, um ohne Arbeit auskommen zu können, was auch für die Schwerbeschädigten gilt.

2. Obwohl die Invaliden sich durch Lohnarbeit erhalten müssen, sind sie doch beim Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt im Nachteil. Die Berufseignung der Invaliden zu bestimmten ist schwer, und es ergeben sich daraus Schwierigkeiten über die Löhne, welche die Unternehmer gern vermeiden. Auch in den Beziehungen zu den übrigen Arbeitern ergeben sich für die Invaliden manchmal Schwierigkeiten, beispielsweise, wenn sie einen geringeren als den tariflichen Lohn erhalten, was zur Verschärfung von Lohnrückerei Anlaß geben kann. Die Folge dieser tatsächlichen Schwierigkeiten und in gewissem Maße berechtigten Vorurteilen ist unzweifelhaft: Für Invalide ist es schwer, Arbeit zu finden, und sie sind mehr der Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt als andere Arbeiter.

Zwecks Arbeitsbeschaffung für Invalide wurden in allen am Krieg beteiligten gemessenen Staaten Bestimmungen erlassen, wonach Kriegsbeschädigte den Vorzug bei Anstellung in öffentlichen Diensten genießen. Dieses Vorzugsrecht ist aber von Staat zu Staat verschieden gestaltet. Es sind drei Typen zu unterscheiden:

1. Kriegsbeschädigten wird ein allgemeines Vorzugsrecht für alle jene Posten in öffentlichen Diensten zugesprochen, die auszufüllen sie imstande sind. Das ist der Fall in Desterreich, Belgien, Kanada, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Polen, Jugoslawien und Rumänien.

2. Kriegsbeschädigten kann der Vorzug bei Besetzung bestimmter Kategorien von Posten eingeräumt werden. Das

Vorzugsrecht gilt entweder für alle diese Posten oder für eine gewisse Verhältniszahl derselben. Das ist in Frankreich der Fall.

3. Kriegsbeschädigten kann ein Vorzugsrecht zugesprochen und die Verwaltungsbehörden können verpflichtet werden, einen gewissen Prozentsatz Kriegsbeschädigter unter ihrem Personal zu beschäftigen. In Italien beträgt das Verhältnis der für Kriegsbeschädigte vorbehaltenen Posten 10 bis 20 Proz., je nach der Art der in Frage kommenden Posten.

Die Beschäftigung von Invaliden im Staatsdienst ist jedoch nur eine teilweise Lösung des Problems. Die freien Stellen in diesem Dienst reichen bei weitem nicht hin, um alle Bewerber unterzubringen, und man ist praktisch überall zu dem Schluß gekommen, daß Stellen für die Invaliden auch in Privatbetrieben gefunden werden müssen. Die Maßregeln, die zu dem Zweck ergriffen wurden, weichen von Staat zu Staat bedeutend ab. Eine Methode gründet sich auf freiwillige Zusammenarbeit der Unternehmer, die zur Einstellung Invalider gewillt sind, deren Verhältniszahl im voraus und unter Überwachung des Staates bestimmt wird. Dieses System besteht in Großbritannien. Eine zweite Methode ist die gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer, einen bestimmten Prozentsatz Kriegsinvaliden zu beschäftigen; sie wird in Deutschland, Desterreich, Italien, Polen, Rumänien und Jugoslawien befolgt und wurde in Frankreich und in der Tschechoslowakei empfohlen.

Die Sachverständigen, die im Internationalen Arbeitsamt vor einiger Zeit zusammenkamen, hatten sich mit den bestehenden Gesetzen, Verordnungen und Vereinbarungen betreffend die Arbeitsbeschaffung für Kriegsinvaliden sowie mit den in ihrer Anwendung aufgetretenen Schwierigkeiten und mit den erzielten Ergebnissen zu befassen. Der Austausch der Erfahrungen, die in den verschiedenen Ländern gewonnen wurden, ist für die Regierungen ebenso nützlich wie für die Organisationen der Kriegsbeschädigten, und es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen der Konferenz manches zur Klärung strittiger Fragen beigetragen haben.

Angestelltenarbit der Berliner Metallindustrie.

Vom IFA-Metallarbit wird uns geschrieben: Zwischen dem IFA und den IFA-Gewerkschaften ist folgende Vereinbarung getroffen worden:

Am Sonnabend, den 8. Dezember, erhalten die Tarifangehörigen die nachstehend angegebene Abschlagsabrechnung auf die Dezemberbezüge, ausgedrückt in Goldmark, wobei eine Goldmark gleich ist einer Rentenmark: Gruppe A im 15.—17. Lebensjahr 4, im 18.—20. Lebensjahr 7, im 21.—23. Lebensjahr 8 Goldmark, Gruppe B (Lehrlinge). 1.—3. Einkommensstufe 2, 4.—5. Einkommensstufe 3 Goldmark. Jugendliche nach beendeter Lehrzeit bis zum 18. Lebensjahr 7 Goldmark. Gruppe C a 14.—15. Jahre 3, 16.—17. Jahre 5, 18.—17. Jahre 7, 17.—18. Jahre 9 Goldmark. Gruppe C b 13 Goldmark. Gruppe C o 15 Goldmark. Gruppe K 1 und T 1 13, K 2 17, K 3 25, K 4 31, T 1 19, T 2 13, T 3 13, T 4 13, T 5 13, T 6 13, T 7 13, T 8 13, T 9 13, T 10 13, T 11 13, T 12 13, T 13 13, T 14 13, T 15 13, T 16 13, T 17 13, T 18 13, T 19 13, T 20 13, T 21 13, T 22 13, T 23 13, T 24 13, T 25 13, T 26 13, T 27 13, T 28 13, T 29 13, T 30 13, T 31 13, T 32 13, T 33 13, T 34 13, T 35 13, T 36 13, T 37 13, T 38 13, T 39 13, T 40 13, T 41 13, T 42 13, T 43 13, T 44 13, T 45 13, T 46 13, T 47 13, T 48 13, T 49 13, T 50 13, T 51 13, T 52 13, T 53 13, T 54 13, T 55 13, T 56 13, T 57 13, T 58 13, T 59 13, T 60 13, T 61 13, T 62 13, T 63 13, T 64 13, T 65 13, T 66 13, T 67 13, T 68 13, T 69 13, T 70 13, T 71 13, T 72 13, T 73 13, T 74 13, T 75 13, T 76 13, T 77 13, T 78 13, T 79 13, T 80 13, T 81 13, T 82 13, T 83 13, T 84 13, T 85 13, T 86 13, T 87 13, T 88 13, T 89 13, T 90 13, T 91 13, T 92 13, T 93 13, T 94 13, T 95 13, T 96 13, T 97 13, T 98 13, T 99 13, T 100 13, T 101 13, T 102 13, T 103 13, T 104 13, T 105 13, T 106 13, T 107 13, T 108 13, T 109 13, T 110 13, T 111 13, T 112 13, T 113 13, T 114 13, T 115 13, T 116 13, T 117 13, T 118 13, T 119 13, T 120 13, T 121 13, T 122 13, T 123 13, T 124 13, T 125 13, T 126 13, T 127 13, T 128 13, T 129 13, T 130 13, T 131 13, T 132 13, T 133 13, T 134 13, T 135 13, T 136 13, T 137 13, T 138 13, T 139 13, T 140 13, T 141 13, T 142 13, T 143 13, T 144 13, T 145 13, T 146 13, T 147 13, T 148 13, T 149 13, T 150 13, T 151 13, T 152 13, T 153 13, T 154 13, T 155 13, T 156 13, T 157 13, T 158 13, T 159 13, T 160 13, T 161 13, T 162 13, T 163 13, T 164 13, T 165 13, T 166 13, T 167 13, T 168 13, T 169 13, T 170 13, T 171 13, T 172 13, T 173 13, T 174 13, T 175 13, T 176 13, T 177 13, T 178 13, T 179 13, T 180 13, T 181 13, T 182 13, T 183 13, T 184 13, T 185 13, T 186 13, T 187 13, T 188 13, T 189 13, T 190 13, T 191 13, T 192 13, T 193 13, T 194 13, T 195 13, T 196 13, T 197 13, T 198 13, T 199 13, T 200 13, T 201 13, T 202 13, T 203 13, T 204 13, T 205 13, T 206 13, T 207 13, T 208 13, T 209 13, T 210 13, T 211 13, T 212 13, T 213 13, T 214 13, T 215 13, T 216 13, T 217 13, T 218 13, T 219 13, T 220 13, T 221 13, T 222 13, T 223 13, T 224 13, T 225 13, T 226 13, T 227 13, T 228 13, T 229 13, T 230 13, T 231 13, T 232 13, T 233 13, T 234 13, T 235 13, T 236 13, T 237 13, T 238 13, T 239 13, T 240 13, T 241 13, T 242 13, T 243 13, T 244 13, T 245 13, T 246 13, T 247 13, T 248 13, T 249 13, T 250 13, T 251 13, T 252 13, T 253 13, T 254 13, T 255 13, T 256 13, T 257 13, T 258 13, T 259 13, T 260 13, T 261 13, T 262 13, T 263 13, T 264 13, T 265 13, T 266 13, T 267 13, T 268 13, T 269 13, T 270 13, T 271 13, T 272 13, T 273 13, T 274 13, T 275 13, T 276 13, T 277 13, T 278 13, T 279 13, T 280 13, T 281 13, T 282 13, T 283 13, T 284 13, T 285 13, T 286 13, T 287 13, T 288 13, T 289 13, T 290 13, T 291 13, T 292 13, T 293 13, T 294 13, T 295 13, T 296 13, T 297 13, T 298 13, T 299 13, T 300 13, T 301 13, T 302 13, T 303 13, T 304 13, T 305 13, T 306 13, T 307 13, T 308 13, T 309 13, T 310 13, T 311 13, T 312 13, T 313 13, T 314 13, T 315 13, T 316 13, T 317 13, T 318 13, T 319 13, T 320 13, T 321 13, T 322 13, T 323 13, T 324 13, T 325 13, T 326 13, T 327 13, T 328 13, T 329 13, T 330 13, T 331 13, T 332 13, T 333 13, T 334 13, T 335 13, T 336 13, T 337 13, T 338 13, T 339 13, T 340 13, T 341 13, T 342 13, T 343 13, T 344 13, T 345 13, T 346 13, T 347 13, T 348 13, T 349 13, T 350 13, T 351 13, T 352 13, T 353 13, T 354 13, T 355 13, T 356 13, T 357 13, T 358 13, T 359 13, T 360 13, T 361 13, T 362 13, T 363 13, T 364 13, T 365 13, T 366 13, T 367 13, T 368 13, T 369 13, T 370 13, T 371 13, T 372 13, T 373 13, T 374 13, T 375 13, T 376 13, T 377 13, T 378 13, T 379 13, T 380 13, T 381 13, T 382 13, T 383 13, T 384 13, T 385 13, T 386 13, T 387 13, T 388 13, T 389 13, T 390 13, T 391 13, T 392 13, T 393 13, T 394 13, T 395 13, T 396 13, T 397 13, T 398 13, T 399 13, T 400 13, T 401 13, T 402 13, T 403 13, T 404 13, T 405 13, T 406 13, T 407 13, T 408 13, T 409 13, T 410 13, T 411 13, T 412 13, T 413 13, T 414 13, T 415 13, T 416 13, T 417 13, T 418 13, T 419 13, T 420 13, T 421 13, T 422 13, T 423 13, T 424 13, T 425 13, T 426 13, T 427 13, T 428 13, T 429 13, T 430 13, T 431 13, T 432 13, T 433 13, T 434 13, T 435 13, T 436 13, T 437 13, T 438 13, T 439 13, T 440 13, T 441 13, T 442 13, T 443 13, T 444 13, T 445 13, T 446 13, T 447 13, T 448 13, T 449 13, T 450 13, T 451 13, T 452 13, T 453 13, T 454 13, T 455 13, T 456 13, T 457 13, T 458 13, T 459 13, T 460 13, T 461 13, T 462 13, T 463 13, T 464 13, T 465 13, T 466 13, T 467 13, T 468 13, T 469 13, T 470 13, T 471 13, T 472 13, T 473 13, T 474 13, T 475 13, T 476 13, T 477 13, T 478 13, T 479 13, T 480 13, T 481 13, T 482 13, T 483 13, T 484 13, T 485 13, T 486 13, T 487 13, T 488 13, T 489 13, T 490 13, T 491 13, T 492 13, T 493 13, T 494 13, T 495 13, T 496 13, T 497 13, T 498 13, T 499 13, T 500 13, T 501 13, T 502 13, T 503 13, T 504 13, T 505 13, T 506 13, T 507 13, T 508 13, T 509 13, T 510 13, T 511 13, T 512 13, T 513 13, T 514 13, T 515 13, T 516 13, T 517 13, T 518 13, T 519 13, T 520 13, T 521 13, T 522 13, T 523 13, T 524 13, T 525 13, T 526 13, T 527 13, T 528 13, T 529 13, T 530 13, T 531 13, T 532 13, T 533 13, T 534 13, T 535 13, T 536 13, T 537 13, T 538 13, T 539 13, T 540 13, T 541 13, T 542 13, T 543 13, T 544 13, T 545 13, T 546 13, T 547 13, T 548 13, T 549 13, T 550 13, T 551 13, T 552 13, T 553 13, T 554 13, T 555 13, T 556 13, T 557 13, T 558 13, T 559 13, T 560 13, T 561 13, T 562 13, T 563 13, T 564 13, T 565 13, T 566 13, T 567 13, T 568 13, T 569 13, T 570 13, T 571 13, T 572 13, T 573 13, T 574 13, T 575 13, T 576 13, T 577 13, T 578 13, T 579 13, T 580 13, T 581 13, T 582 13, T 583 13, T 584 13, T 585 13, T 586 13, T 587 13, T 588 13, T 589 13, T 590 13, T 591 13, T 592 13, T 593 13, T 594 13, T 595 13, T 596 13, T 597 13, T 598 13, T 599 13, T 600 13, T 601 13, T 602 13, T 603 13, T 604 13, T 605 13, T 606 13, T 607 13, T 608 13, T 609 13, T 610 13, T 611 13, T 612 13, T 613 13, T 614 13, T 615 13, T 616 13, T 617 13, T 618 13, T 619 13, T 620 13, T 621 13, T 622 13, T 623 13, T 624 13, T 625 13, T 626 13, T 627 13, T 628 13, T 629 13, T 630 13, T 631 13, T 632 13, T 633 13, T 634 13, T 635 13, T 636 13, T 637 13, T 638 13, T 639 13, T 640 13, T 641 13, T 642 13, T 643 13, T 644 13, T 645 13, T 646 13, T 647 13, T 648 13, T 649 13, T 650 13, T 651 13, T 652 13, T 653 13, T 654 13, T 655 13, T 656 13, T 657 13, T 658 13, T 659 13, T 660 13, T 661 13, T 662 13, T 663 13, T 664 13, T 665 13, T 666 13, T 667 13, T 668 13, T 669 13, T 670 13, T 671 13, T 672 13, T 673 13, T 674 13, T 675 13, T 676 13, T 677 13, T 678 13, T 679 13, T 680 13, T 681 13, T 682 13, T 683 13, T 684 13, T 685 13, T 686 13, T 687 13, T 688 13, T 689 13, T 690 13, T 691 13, T 692 13, T 693 13, T 694 13, T 695 13, T 696 13, T 697 13, T 698 13, T 699 13, T 700 13, T 701 13, T 702 13, T 703 13, T 704 13, T 705 13, T 706 13, T 707 13, T 708 13, T 709 13, T 710 13, T 711 13, T 712 13, T 713 13, T 714 13, T 715 13, T 716 13, T 717 13, T 718 13, T 719 13, T 720 13, T 721 13, T 722 13, T 723 13, T 724 13, T 725 13, T 726 13, T 727 13, T 728 13, T 729 13, T 730 13, T 731 13, T 732 13, T 733 13, T 734 13, T 735 13, T 736 13, T 737 13, T 738 13, T 739 13, T 740 13, T 741 13, T 742 13, T 743 13, T 744 13, T 745 13, T 746 13, T 747 13, T 748 13, T 749 13, T 750 13, T 751 13, T 752 13, T 753 13, T 754 13, T 755 13, T 756 13, T 757 13, T 758 13, T 759 13, T 760 13, T 761 13, T 762 13, T 763 13, T 764 13, T 765 13, T 766 13, T 767 13, T 768 13, T 769 13, T 770 13, T 771 13, T 772 13, T 773 13, T 774 13, T 775 13, T 776 13, T 777 13, T 778 13, T 779 13, T 780 13, T 781 13, T 782 13, T 783 13, T 784 13, T 785 13, T 786 13, T 787 13, T 788 13, T 789 13, T 790 13, T 791 13, T 792 13, T 793 13, T 794 13, T 795 13, T 796 13, T 797 13, T 798 13, T 799 13, T 800 13, T 801 13, T 802 13, T 803 13, T 804 13, T 805 13, T 806 13, T 807 13, T 808 13, T 809 13, T 810 13, T 811 13, T 812 13, T 813 13, T 814 13, T 815 13, T 816 13, T 817 13, T 818 13, T 819 13, T 820 13, T 821 13, T 822 13, T 823 13, T 824 13, T 825 13, T 826 13, T 827 13, T 828 13, T 829 13, T 830 13, T 831 13, T 832 13, T 833 13, T 834 13, T 835 13, T 836 13, T 837 13, T 838 13, T 839 13, T 840 13, T 841 13, T 842 13, T 843 13, T 844 13, T 845 13, T 846 13, T 847 13, T 848 13, T 849 13, T 850 13, T 851 13, T 852 13, T 853 13, T 854 13, T 855 13, T 856 13, T 857 13, T 858 13, T 859 13, T 860 13, T 861 13, T 862 13, T 863 13, T 864 13, T 865 13, T 866 13, T 867 13, T 868 13, T 869 13, T 870 13, T 871 13, T 872 13, T 873 13, T 874 13, T 875 13, T 876 13, T 877 13, T 878 13, T 879 13, T 880 13, T 881 13, T 882 13, T 883 13, T 884 13, T 885 13, T 886 13, T 887 13, T 888 13, T 889 13, T 890 13, T 891 13, T 892 13, T 893 13, T 894 13, T 895 13, T 896 13, T 897 13, T 898 13, T 899 13, T 900 13, T

Von unserem Leidensweg.

Ein Mahn- und Hilferuf aus einem anderen Lager.

In den letzten Monaten und Jahren hat es der „Vorwärts“ an ernstem und eindringlichen Mahnungen nicht fehlen lassen, der immer fürchterlicher und grausamer sich ankündigenden Not und Verelendung der mittleren und unteren Volksschichten zu begegnen aus der einfachen Erkenntnis heraus, daß ein wirtschaftlicher und sittlicher Wiederaufbau des Volkes mit einer schon in frühesten Jugend, wenn nicht gar schon im Mutterleib bereits stehenden Jugend ein Ding der Unmöglichkeit ist. Inzwischen sind die Dinge ihren unerbittlichen Gang gegangen und nicht nur die Grausamkeit Frankreichs, sondern auch die Gleichgültigkeit und Gewissenlosigkeit der besitzenden Klassen in Deutschland haben dafür gesorgt, daß sich heute in unseren Großstädten und Industriezentren Herde körperlicher Verkommenheit von erschreckendem Ausmaß ausbreiten. Da gewährt es eine Art grimmiger Genugtuung, wenn man auch einmal von der anderen Seite einen Mahn- und Hilferuf hört, der aus den Tiefen menschlichen Mitleids kommt und mit mächtigen Schlägen an die verhärteten Herzen dieser Zeit pocht und tönt. Der katholische Priester Dr. Bernhard Suhr hat in der Sammlung Stimmen der Zeit (Verlag Herder u. Co., Freiburg i. B.) eine Schrift: „Das große Kindersterben und Kinderelend in Deutschland“ erscheinen lassen, die in sehr wirkungsvoller und eindringlicher Weise bekanntes sowie neues Material zusammenfaßt und es durch ernste aufrüttelnde Mahnende Worte verbindet. Im Folgenden lassen wir eine Auslese dieser unendlich niederdrückend stimmenden Dokumente von unserer Zeitgenossen folgen.

Kindliche Dulder.

Als Motto möchte man für diese Schrift die Worte gelten lassen, die der Kardinal Faulhaber in München im Dezember 1922 gesprochen hat: „Alle unter der Roten ebendens Stände und Klassen können ihre Not in die Welt hinausreißen. Der größte Dulder ist das deutsche Kind. Es bedeutet eine völlige Verarmung, wenn das Kind eines Volkes nicht mehr lachen, singen und spielen kann: Du armes Volk, ohne lachende und spielende Kinderwelt, du hast deinen Frühling verloren! Unsere Waisenhäuser, die von der freien Liebesätigkeit unterhalten werden müssen, brechen in diesem Winter zusammen, wenn ihnen nicht große Hilfe zuteil wird. Beim Kinde muß der politische Haß und Kampf halt machen, denn es gibt keinen ehrlicheren Kampf als den gegen wehrlose unschuldige Kinder.“

Während die trostlosen Berliner Verhältnisse einigermaßen bekannt sein werden, dürfte es besonderes Interesse erwecken, einmal zu sehen, wie es in anderen Städten Deutschlands aussieht. Besonders eingehend hat Suhr in seiner Schrift sich mit München beschäftigt, von wo ihm reichlich Material zur Verfügung stand. Unter der Überschrift „Ein paar Tatzchen aus meiner Klasse“ schreibt dem Verfasser eine Münchener Lehrerin: Aus amerikanischen Mitteln sollen zwei Kinder jeder Klasse täglich ein warmes Frühstück (ein Bierweiser Milch oder Kaffee und eine Doppelkornbrot) gegen einen Betrag von einigen Pfennigen zur Herstellungskosten erhalten. Ich sage das meinen Kindern und mahne eindringlich, es sollen sich nur solche melden, die dasheim wirklich nicht zu bekommen; von anderen darf es ein Unrecht, wenn sie den Vermittler etwas weissen wollen; die zwei Allerärmsten möchte ich vorschlagen. Trotzdem habe ich anderen Tausend Besuche. Der Schularzt soll die Auswahl treffen. Die entsetzten Kinder sind ein Anblick zum Erbarmen: alle Klippen zu klettern, die Schuterkübel abstecken, so wie Windmühlenscheitel, der Brustkorb eingesenken, so magerer Vermittler! Zwei Kinder meiner Klasse verbreiten einen fürchterlichen Geruch. Ich nehme sie einzeln vor und sage ihnen, sie sollen die Mutter bitten, ihre Unterleibung zu waschen, rede auch von der Bedeutung der Keuschheit für die Gesundheit. Antwort bei beiden: „Ich habe mein Hemd schon lange an, ich kann nicht wechseln, weil ich bloß das eine habe!“ Ueber ein vierzehnjähriges Mädchen, das eine Schule im Osten besucht, berichtet die Lehrerin: Das Kind ist 1,07 Meter groß, leidet

an Rückenverkrümmung und hoher Brust. Die kleinen Blausüße stecken in Gebilden, die einmal Stiefel gewesen sind. Die völlig durchnässten Strümpfe sind festgenäht. Die Wohnung ist schauerhaft. Zwei winzige, niedrige Räume, kahle, rufgeschwartzte Wände; von der Decke der Schlafkammer ist der Verputz zum größten Teil abgefallen, der Rest kann jeden Tag herunterstürzen; darin ist nichts außer zwei Betten. Mutter und Kinder sind äußerst dürrig bettelnd; alle Mahlzeiten bestehen fast nur aus Kaffee.

Der Niederbruch im Haushalt.

Bereits aber im Jahre 1921 entwickelten sich in München schauerhafte Zustände, die in Vorträgen, von den ärztlichen Organisationen veranstaltet, zum Ausdruck kommen. Eine durch die Schwestern veranstaltete Erhebung in allen Stadtteilen bei 300 unbemittelten und demittelten Familien über den Stand an Betten und Bettwäsche ergab ein trauriges Bild. Ueber die Hälfte aller Personen schlief zusammen, zum Teil in einem Bett. Bettlaken fehlten in 45 Prozent aller Fälle. Ungelesene, besonders Wanzen, nehmen mehr und mehr zu und sind selbst in reinlichen Familien nicht mehr auszurotten. Wegen der unerschwinglichen Bettpreise müssen die Kinder zusammenschlafen oder sie liegen mit verkrümmten Gliedern in dem zu klein gewordenen Säuglingsstorb. So lagen ein Sechsjähriges in einem Waschkorb, Drei- und Vierjährige in Reisefloßern, ein Einjähriges in einer Hutschachtel. Zinkbadewannen und Kinderwagen sind unerschwinglich teuer. Wir fanden nicht selten ein- bis zweijährige und noch ältere Kinder, die nie ins Freie kommen, weil die Mutter nicht imstande ist, das Säugst zu tragen. Früher war überall ein Waschkopf für die Wäsche. In der Verarmung können selbst sonst reinliche Hausfrauen den Fleck- oder Kaffeeopf zum Austoischen der Wäsche und die Familienwaschkübel muß zugleich als Suppenkübel dienen. Säuglingswäsche fehlt fast gänzlich. Wenn Heintz unserer Mütter können nur zwei bis drei Wäsche ankschaffen. Meist nicht mehr waschbare Lumpen stapft man dem Kinde unter. Die Folge ist Buntsein, Ausschlag und starke Zunahme von Krätze.

Es muß etwas geschehen.

Zum Schluß gibt Suhr einer Zuschrift vom Rhein an ihn Raum, in der es heißt: „Es muß unbedingt etwas Großes geschehen“, daß das Christentum und die Kirche wieder rehabilitiert werden als die Religion der Liebe. Tatzchen ist aber, daß Tausende gar keinen Begriff von dem wirklichen Umfang der Not haben und ebenso wenig ist es, daß Tausende auch unter den Katholiken viel mehr tun können zur Bänderung der Not. Auch dürfte man wohl an die Beispiele früherer Zeiten erinnern, wo man bei großer Not nicht davor zurückschreckte, selbst die kostbarsten Kirchengeräte zu verkaufen, um den Hunger der Armen zu stillen. Manche goldene und silberne Kirchenzier würde auch heute vielleicht besser und verdienstlicher zu Brot und Kleidung für die armen Kinder gemacht. Es sollte sich verbieten, neue entbehrliche goldene und silberne Kirchengefäße anzuschaffen, so lange noch ein Kind in der Gemeinde ist, das nicht weiß, was es essen, das nicht hat, womit es sich kleiden soll. Und wenn Suhr endlich, erschütter und ausgerüttelt vor so viel Elend, das die Nation zugrunde zu richten droht, in hohem stillen Pathos die folgenden Worte hinausreißt in die von einem unerhörten Egoismus verhärtete deutsche Welt, so können wir sie, mit gewissen Umformungen, getrost zu unseren eigenen machen! „Wir lieben unser Vaterland. Auch in der Stunde der Not und Schmach verzagen und verzweifeln wir nicht an der Rettung unserer alterwürdigen, ruhmreichen deutschen Nation. Wir weisen jeden Gedankens an nationalen Selbstmord weit von uns. Wir sollen wahre Christen und treue Deutsche sein. Also müssen und werden wir unsere ganze Kraft daran setzen, alle, auch die schwersten persönlichen Opfer zu bringen, um dem großen Kindersterben in unserem Vaterland wirksam Einhalt zu tun.“

Kann man jetzt sparen?

Der kleine Mann — das ist ein jeder, der ein paar Groschen sein eigen nennt, sei es, daß ihm durch einen Verkauf Geld ins Haus gekommen, daß er etwas ererbt oder redlich erworben hat.

Mein Fall war das erstere. Ich hatte einen Alt-Mahagoni-Tisch an einen jener Sippe verkauft, die mit ererbtem (?) Silber von (unter uns gesagt!) gekauften Ahnenmöbeln speisen. Den Hausen Millardenscheine, den der Erlös darstellte, hatte ich in die rechte Hofentasche gesteckt: Ordnung muß sein, links kommen die kleinen Scheine hinein und in die Hofentasche die wertlos gewordenen allerkleinsten, damit der Taschendieb doch auch seine Freude hat.

Von unten rechts höre ich es nun raunen: Sei klug, lege uns „wertbeständig“ an. Und ich erinnerte mich des Plakats an der Kreistassenfiliale, daß solches löbliches Tun jetzt möglich sei. Also vorprophet! Die freundliche Dame, die dort amtierte, belehrte mich wie folgt: „Sie müssen in wertbeständigem Gelde einzahlen und zwanzig Mark müssen als Grundstock bleiben. Sie können abgeben, wann Sie wollen und erhalten in Papiergeld den nach dem jeweiligen Kurs berechneten Wert. Die Verzinsung ist 4 Prozent.“

Wortlos schob ich meinen Hausen Scheine wieder in die rechte Tasche, dankte und verschwand. Also das war des Pudels Kern! Wenn ich wertbeständiges Geld habe, kann ich es selbst aufheben und ausgeben, wenn ich will. Die 4 Prozent Zinsen laden nicht, wenn man weiß, wieviel für „Geldgeld“ gezahlt wird. Was blieb mir nun übrig, wollte ich das Geld wertbeständig machen? Das alte Rezept: Sachwerte einkaufen. Noch schwankte ich zwischen Zucker und Tabak — mit beiden kann man sich später besetzt machen.

Will man den kleinen Beuten wirklich helfen und dazu beitragen, daß die Menge Papiergeld verschwindet, so wird man doch wohl andere Maßnahmen ergreifen müssen. Die stizzierten Bedingungen werden schließlich viele Liebhaber finden.

Der Mann mit den zwei Frauen.

Eine Doppelte ohne Wissen und Willen.

Noch sechzehnjähriger glücklicher, von Kindern gesegneter Ehe mußte die Ehefrau des Gastwirts Johannes H. aus Obereschneeweide die unheilmale Uebertragung erleben, daß ihre Ehe ungültig sei. Im Jahre 1908 hatte H. seine jetzige Frau in zweiter Ehe geheiratet. Pöblich reichte die Frau aus erster Ehe im November 1921 gegen H. eine Unterhaltsklage ein, gegen die der Gastwirt einwendete, daß er rechtskräftig geschieden sei, eine Behauptung, die von der Klägerin entschieden bestritten wurde.

Das Amtsgericht übergab den Fall der Staatsanwaltschaft zur näheren Untersuchung, und es stellte sich heraus, daß die erste Ehe überhaupt nicht geschieden sei. Die Folge war eine Anklage wegen Doppelte. Vor Gericht entschuldigte sich der Angeklagte in einer geradezu romanhaft klingenden Weise. Er behauptete nämlich, daß er einen Winkelkonsulenten Bachmann (selberzeit mit der Eheklage beauftragt) hätte. Der Winkelkonsulent habe ihm gesagt, daß das gemacht werde, und habe ihn schließlich zum Landgericht I mitgenommen. Er sei dort in das Terminzimmer gegangen, nach einiger Zeit wieder herausgekommen und habe gesagt: „Ich gratuliere, es ist alles glatt gegangen, Ihre Frau ist geschieden und Sie ist für den allein schuldigen Teil erklärt worden.“ Daraufhin habe er Bachmann 72 M. für die Kosten und Gebühren bezahlt und von ihm eine Bescheinigung erhalten, daß die Ehe rechtskräftig geschieden sei. Diese Bescheinigung zeigte der Angeklagte dem Gericht auch vor. Die Staatsanwaltschaft war der Ansicht, daß H. absichtlich seine erste Ehe verschwiegen habe, um zu verheimlichen, daß er nicht geschieden sei. Der Verteidiger Dr. Konrad Richter (Neudau) wies nach, daß ein Winkelkonsulent Bachmann, der inzwischen verstorben ist, damals in dem von dem Angeklagten angegebenen Hause gemohnt habe. Der Angeklagte sei das Opfer eines raffinierten Betruges geworden, wenn auch seine Leichtgläubigkeit schwer verständlich sei. Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Das Gericht kam zu einer Verurteilung H.s zu acht Monaten Gefängnis, billigte ihm aber Strafausschub zu, falls die Ermittlungen nach seinem Vorleben günstig ausfallen sollten.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofolischer.

Roman von Johan Bojer.

Aber in den Nachbarbooten schien man schon etwas zu ahnen — was war nur mit der „Robbe“ los? Die Männer an Bord arbeiteten eifrig, die Netze hereinzubekommen, sie sagten kein Wort, und doch — es mußte etwas geschehen sein. Die Leute in den Nachbarbooten begannen hinüberzustarren. Weiter entfernt hörte man wohl einen singen, andere riesen den Nachbarn Scherzworte zu und lachten, aber der Kreis von Booten um die „Robbe“ wurde größer und immer größer, und alle starrten hinüber. Auch die Seevögel fanden sich über der „Robbe“ ein, es stand schon eine dichte Wolke von Röhren über dem Schiff und starrte hinunter und kreischte. Was war es nur?

Jetzt schienen sie die Netze an Bord zu haben und begannen sich mit den Fischen zu beschäftigen. Aber selbst die, die an den Rudern saßen, liefen nach hinten, um zu sehen.

Sie machten sich über den Klumpen her. Alle konnten nicht herankommen, aber Kristaver und Kaneles hatten ihn zwischen sich. Es kamen Finger zum Vorschein, sie waren so in die Netze verstrickt, daß sie herausgeschnitten werden mußten. Und jetzt sah man einen Mann in gelbem Oelrock, mit langen, hochgezogenen Wasserstiefeln. Alle starrten ihn an, bis Kristaver murmelte: „Er hat einen schwarzen Bart.“ Kaneles fügte wie verwundert hinzu: „Aber er hat ja alle fünf Finger.“

„Was habt Ihr denn da an Bord?“ rief eine Stimme von einem Nordlandboot herüber.

Die Sonne war heute wieder am Himmel gewesen, aber jetzt in der Dämmerung lagen rote Wolkenfäden über dem Meeresraum im Südwesten, große gelbe Sterne leuchteten an dem bräunlich blauen Himmel auf. Und das Meer war so ruhig, daß nur hie und da eine schwache Wellenlinie sich blinkend hob und wieder zusammenfiel. Unterhalb der weißen Schneegipfel der Lofotwand wurden die Leuchfeuer und Hafensichter angezündet.

Und in dieser Dämmerung ging eine Bewegung von Boot zu Boot. „Ein toter Mann ist aufgefischt! Ein Stavö-ringerboot hat einen toten Mann im Netz.“

Der Gesang verstummte. Das Lachen verebbte. Alle Scherzrufe zwischen den Booten hörten auf. Die Feindlichen, die sich gerankt hatten, weil ihre Netze sich ineinander verstrickt, schlossen Frieden. Das Meer bekam etwas von Kirchenstille, in der Menschen und Boote verankert. Nur der weiße Schwarm der Vögel wurde immer größer über dem Boot mit

dem toten Fischer, und die eifrigen Flügel glänzten dann und wann in der rötlichen Dämmerung golden auf.

Kein Boot kam näher heran. Einer hatte gerufen: „Kenny Ihr ihn?“ Aber Kristaver antwortete nicht, er machte sich unten im Boot zu schaffen.

Im Dunkeln ruderte die Flotte an Land. Es war, als seien alle diese Hunderte von Booten jetzt ein Leichengefolge, und selten fiel ein Wort. Die hohen Masten und trummen Steven schossen über ein Meer, das im Meerleuchten aufblinke, und die Furchen, die sie durch das Wasser zogen, brannten im Phosphorschein. Aber es war, als habe jedes Boot einen toten Mann an Bord.

Der Tote wurde auf ein paar leere Fässer an der Anlegebrücke gelegt. Und erst am nächsten Tage stellten sie fest, daß es ein Fischer aus Gimfö war, der im vorigen Jahre beim Segeln ertrank.

20.

Und jetzt blieb der Rabellau ganz aus. Er hatte sich ja in letzter Zeit schon sehr vermindert, aber nun kamen Netz- und Angelboote leer an Land. Der große Fang war nur eine Episode gewesen, jetzt war das Meer wieder leer. Was sollten die Fischer nun anfangen?

Sie betamen es satt, auf die See hinauszufahren, um die Netze leer ins Boot zu ziehen, sie schlenderen, die Hände in den Taschen, auf den Klippen umher und starrten sich an und konnten das Ganze nicht verstehen. War es irgendwo anders besser? Sollten sie den Pfah wechseln? Aber aus Westen oder Osten kamen auch keine besseren Nachrichten.

Und nun wurde es den Männern klar, daß die guten Tage ihnen so zu Kopf gestiegen waren, und sie pendierten und gekauft hatten, ohne auf das Geld zu achten. Diese Hausierer mochten mit dem Satan im Bunde sein. Hatte nicht der schwarzlockige Uehrenjude Kaneles Gomon vertrieben, eine neue Unterfahrschub mit Goldbrand zu kaufen und dazu eine breite Kette mit acht dünnen Silberketten und einem vergoldeten Schieber? Das Geld hätte er gut nach Hause schicken können nach dem Berghof, wo sie vielleicht nicht einmal einen Bissen zu essen hatten. Aber wer hatte denken können, daß die Herrlichkeit aus und vorbei sein würde, als hätte man ein Licht aus?

Und Per Suzansa hatte grünen Kleiderstoff für die älteste Tochter gekauft. Jetzt kam die Reue zu spät, aber daß alte Leute nie austernen! Und selbst Arnt Asan hatte sich eine neue Hauspostille geleistet, und jetzt nahm er das teure Buch aus der Kiste, wickelte es aus dem feinen Papier aus und war dem Weinen nahe. Er ging zu dem Missionar, der ihm das Buch ausgereicht hatte und bat flehentlich, es zurückgeben zu

dürfen, aber da wollte das Unglück, daß er schon den Namen Gurina in das Buch geschrieben hatte, und so schüttelte der milde Mann den Kopf und lächelte ein Nein. Arnt meinte, Gott sei mächtig, er könne den Namen durch ein Wunder auflösen, wenn ein Mann wie der Missionar darum bäte — es half aber nicht. Arnt hatte schlaflose Nächte. Seit dieser Talbewohner seinen Fuß in ein Lofotboot gesetzt hatte, war ihm alles schief gegangen, ja, verkehrt war alles, was er auf See tat, verkehrt war alles, was er in der Hütte tat und sagte, Spott und Hohn hagelten von früh bis spät auf ihn herab. Er ging umher wie einer, der sich selber nicht wiederfinden kann, sein bleiches Schafsgesicht gab sich ständig Mühe, gebieterisch auszusehen, und das erregte nur erneutes Gelächter. War er denn zu nichts in der Welt nütze, er, der tüchtige Zimmermann aus dem Tal? Hier gab es nur einen festen Punkt, das war der Gedanke an Gurina und die kleine Wirtschaft, die er zu bebauen gedachte, so daß sie drei Rube ernähren konnte, sobald er nur mit Geld vom Votof nach Hause käme. Mit Geld, ja! Ja, wenn er hier alles vergeudetete! Gott helfe ihm — jetzt kam die Strafe!

Das war aber nichts gegen Elezeus Hylia. Er hatte ja selber Netze, er sollte vollen Anteil bekommen, er hatte Reichtümer vor Augen gesehen, so daß er vor Freude gekräht hatte, aber jetzt — jetzt war es, als sei ihm der Südwestler vom Kopf geflogen — wo war er geblieben? Reichtum? Er begann dem Bootsführer, Kristaver, wütende Blicke zuzuwerten. Es hätte sich vielleicht besser gelohnt, nur Halbspart zu gehen und andere das Risiko für die Geräte übernehmen zu lassen. Dieser Mann hatte ja für ihn gut gesagt, aber was hatte er dabei im Sinn gehabt? Wollte er ihn aus purer Bosheit in Schulden und Verantwortung stürzen? Elezeus dachte sich immer mehr in seine Hut hinein, er wurde immer hitziger, und er ging in der Hütte umher und schimpfte und wettete — ohne einen bestimmten Namen zu nennen — jeder, der wollte, konnte es auf sich beziehen! He! Und er setzte die Füße tierisch auswärts, und die Beine waren so dünn und die Schultern so breit, die Backenknochen standen vor und die Zähne waren blinkend weiß. Aber die Augen waren braun und stammten vor Hut. He! Du sollst sehen, dies wird ein Mißjahr! Wir kommen alle ins Armenhaus! Aber der erste, der dahin kommt, das bin ich. Kein Mensch weiß, wie arm'elig und elend es mir geht. Keiner glaubt mir, was für eine Armut bei uns herrscht. Und dann müssen die Leute mich in neue Verantwortung und neue Schulden hineinlocken. Ja! Man sollte — man sollte doch — nun, ich sage nichts weiter. Ich will nichts weiter sagen! Und die Augen schossen böse Blitze nach dem Bootsführer, der auf der Bank saß, die Augen zusammenkniff und im Stillen über ihn lachte. (Fortsetzung folgt.)

Die wackelnden Preise.

Das Brot wird um einen Goldpfennig billiger.

Mit äußerstem Widerstreben folgen die Preise dem sinkenden Dollarkurs, und es bedarf schon eines gehörigen Aufstoßes, um die Händler zu Preisentlassungen zu bewegen. Den Bemühungen der Wucherpolizei gelang es, zu ermöglichen, daß auch auf dem Schlachthof die Preise gesenkt wurden. Sie ermäßigten sich bei Rindern um 17 Proz., bei Kalbern um 35 Proz., bei Hammel um 33 Proz. und bei Schweinen um 28 Proz. Die Abteilung W des Polizeipräsidiums hat daraufhin den Kabottzwang für diese Preise aufgehoben. Ferner gelang es den Vertretern des Polizeipräsidiums in langwierigen Verhandlungen, bei der Preisprüfungsstelle die Gewinnspanne des Nahrungsmittelgroßhandels herabzusetzen. So wurde die Großhandelsspanne auf inländische Mühlenfabrikate, Kartoffelmehl und Hülsenfrüchte erneut herabgesetzt, und zwar von 2 1/2 auf 1 1/2 Proz. Gekorn wurde auch die Gewinnspanne für ausländische Hülsenfrüchte und Reis herabgesetzt. Sie betrug nunmehr 2 1/2 Proz. statt bisher 4 Proz., für getrocknete Früchte und Gemüze 3 1/2 Proz. statt 4 1/2 Proz., für Kaffee, Tee und Kakao 30 Proz. statt 42 Proz., für Butter 16 Proz. statt 17 Proz., für Margarine 16 Proz. statt 17 Proz., für Käse 16 Proz. statt 18 Proz., für Originalschmalz 17 Proz. statt 19 Proz., Bratenschmalz 27 Proz. statt 29 Proz., gesalzene Speck 25 Proz. statt 30 Proz., geräucherter Speck 37 Proz. statt 43 Proz., Cornedbeef 21 Proz. statt 22 Proz.

Die gestrigen Verhandlungen der Wucherpolizei mit dem Zweiterband der Bäckereimeister Groß-Berlins haben ferner zu einer neuen, wenn auch nur sehr geringen Senkung des Brotpreises geführt. Ab Donnerstags, den 6. Dezember, beträgt der Brotpreis für helles Brot 78 und für dunkles Brot 74 Goldpfennige. Der Preis der Schrippe ist unverändert.

Abschläge von 6 bis 12 Proz. auf Auslandswaren.

Die gestern durch die Preisprüfungsstelle veranlaßte Verhandlung mit den Vertretern des Großhandels führte zu weiterer Ermäßigung der Handelspannen für Kolonialwaren. Bei der anhaltenden Stabilisierung der Markt und der Erhöhung des Umlaufs an wertbeständigen Zahlungsmitteln konnte die bisher schon ermäßigte Risikoprämie für Inlandswaren obhinein beibehalten werden. Bei Auslandswaren, wie insbesondere Speck, Hülsenfrüchten, Reis, Kaffee und Tee wurde durch die Senkung der Risikoprämie auf einen Minimalbetrag sowie die Reduzierung der Bankspesen eine Ermäßigung der Aufschläge um 6 bis 12 Proz. erreicht. Eine weitere Kürzung wird angestrebt, wenn auch eine Annäherung an die Aufschläge der Vorkriegszeit sich im Augenblick nicht ermöglichen läßt, da die Devisenbeschaffung den Umlauf mit erheblichen Bankspesen belastet und die Handelskosten nachgewiesenermaßen den Prozentfuß der Vorkriegszeit um ein Mehrfaches übersteigen.

Neue Spuren zum letzten Raubmord.

Das Kapitalverbrechen in der Komintener Straße, dem die Wirtin Frau Dethloff zum Opfer fiel, beschäftigt noch Tag und Nacht die Kriminalpolizei. Das ganze Ergebnis der bisherigen Ermittlungen der Mordkommission läßt darauf schließen, daß man es in dem noch unbekanntem Täter mit einem Manne zu tun hat, der planmäßig den Wohnungstausch vorzieht, um Gelegenheiten zu Diebstählen, Einbrüchen und noch schwereren Verbrechen anzufundeln. Dieser fahle Wohnungsjäger ist bereits an mehreren Stellen angetroffen, ohne zu seinem eigentlichen Ziel zu kommen. Der Polizei ist jetzt ein Fall bekannt geworden, in dem sich ein Mann, der sich bei einer Frau eine Wohnung angesehen hat, durch wertvolles Benehmen sehr verdächtig gemacht hat. Die Beschreibung dieses unheimlichen Mannes paßt nun ziemlich auf den Mann, den man nach dem Mord an Frau Dethloff in der Komintener Straße gesehen hat, als er mit einem großen Paket, das etwa 50 bis 60 Zentimeter Durchmesser hatte und mit einer starken Schnur doppelt verpackt war, aus der Richtung des Nordbaues über den Domum zum und nach der Ecke der Lilauer und Gubener Straße ging. Er ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, 1,70 Meter groß und schlank, hat einen kleinen blonden Schnurbart und trägt am Lohse des Nordes einen dunkelbraunen Lederhose und einen weißen dunklen Hut. Sein Paket enthielt ohne Zweifel die ganze Beute, darunter Männer- und Frauenkleider, besonders auch eine goldene Kaffeedose mit ausgeglichenen Füßen an den Händen, 6 Servietten, die dazu gehören, und Wäsche mit dem Zeichen G. K. Wer diesen Mann irgendwo gesehen hat oder wer über das Auffauchen des Paketes oder irgendeiner Felle irgend etwas weiß, wird dringend ersucht, sich umgehend bei den Kriminalkommissaren Werneburg und Albrecht im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu melden. Alle Unkosten werden ersetzt.

Einheitsfuß der Beherbergungssteuer.

Bekanntlich hatte die Finanz- und Steuerdeputation im Billigkeitswege eine Vereinfachung und Ermäßigung des durch die Gewerbesteuer überholten Taxifusses in der Bekle vorgenommen, daß unter Fortfall der bisherigen 8 Steuerstufen nur noch 2 Stufen von 15 Proz. brutto für den ersten 250 M. des Zimmerentgeltes und 33 1/2 Proz. brutto für den 250 M. übersteigenden Teil des Entgeltes erhoben werden sollten. Auf die Vorstellungen der Vertreter des Hotelgewerbes hin hat die Stadterordnetenversammlung den Magistrat ersucht, die Beherbergungssteuer nicht mehr gesenkt, sondern mit einem Einheitsfuß von nur 25 Proz. netto zu erheben. Der Magistrat hat nunmehr der Vereinfachung des Steuerfußes zugestimmt, dagegen den Steuerfuß statt auf 25 Proz. auf 30 Proz. des Nettoentgeltes (oder 23 Proz. des Bruttoentgeltes) festgesetzt. Dies aus der Erwägung, daß die Finanzlage der Stadt eine weitere erhebliche Einschränkung des Steuerfußes nicht zulasse, nachdem bereits durch die von der Finanzdeputation ausgesprochene Ermäßigung eine Verminderung des Steuerertrages um etwa 20 Proz. herbeigeführt worden war. Jeder Einheitsfuß, der als Durchschnittsfuß an Stelle eines Stufenfußes tritt, muß für einen Teil der Steuerpflichtigen eine Erhöhung der Steuer mit sich bringen. Dies trifft bei der neuen Regelung insbesondere für die möblierten Zimmer zu. Der neue Fuß von 30 Proz. soll zum erstenmal in der Nacht vom Freitag auf Sonnabend (7. zum 8. Dezember) zur Anwendung kommen. Es soll damit den Steuerpflichtigen Zeit gegeben werden, ihre Güter und Mieter auf diese Erhöhung hinzuweisen und ihre Berechnungen danach einzustellen.

Wer ermordete ihn?

Durch einen schändlichen Mord, der jetzt erst nach zwei Monaten festgestellt wurde, ist eine Berliner Familie eines blühenden Sohnes beraubt worden. Am 9. Oktober d. J. wurde der 15 Jahre alte Rudolf Klenner von seinen Eltern nach Tiefensee geschickt, um Kartoffeln zu kaufen. Er nahm zu diesem Zwecke 4 Milliarden in einer Briefstasche mit. Der Anabe wurde seitdem vermißt, bis man ihn am 22. November in einem Gehäus bei Tiefensee unter einer kleinen Kiefer auf der Erde liegend tot wiederfand. Eine Schnur war ihm um den Hals geschlungen und zugezogen. Die Obduktion der Leiche ergab, daß er erstickt war. Die Briefstasche mit dem Gelde war verschwand. Die Nachforschungen der Ortspolizei ergaben, daß der Anabe in Begleitung von zwei Männern auf der Chaussee Tiefensee-Leutenberg und weiter Tiefensee-Freundenberg gesehen worden ist. Diese beiden Männer stehen im dringenden Verdacht, ihn umgebracht und beraubt zu haben. Nach dem Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind es Berliner. Der eine hat ein linkes heißes Bein, das er beim Gehen nachzieht, und färbte an der Hand ein auf fallend lila blau gefärbtes Fahrrad, dessen linkes Pedal für das rechte Bein feststeht, weil

Kabinettskrise und die Parteien.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-Sitzung stand die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung, die verbunden wird mit der ersten und zweiten Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Als erster Redner gibt Abg. Scheidemann (Soz.) die an anderer Stelle wiederergebene Erklärung ab.

Abg. Dr. Kaas (Z.) erklärt, daß die Begründung der letzten Regierungskrise in weiten Kreisen des deutschen Volkes nicht verstanden worden sei, am wenigsten im besetzten Gebiet, wo man kaum wisse, wie man sich unter der Wucht der gegnerischen Angriffe verhalten solle. Kein Gedanke sei fruchtbarer, als der des Zusammenschlusses aller, die sich zu einflussvoller Arbeit und politischer Vernunft befehlen. Jedes Kabinett müsse grundsätzlich nach seinen Taten beurteilt werden. Die Währungs- und Finanzfragen seien heute der Kernpunkt. Kaum ein Prozent der Staatsausgaben seien noch durch Einnahmen gedeckt. Da sei schnelle Arbeit notwendig, bei der das Parlament zurücktreten müsse. Der Redner sieht darin einen

Uff der Selbstdisziplin

und Betätigung echten parlamentarischen Geistes. Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern müsse einer neuen Prüfung unterzogen werden, heute sei weniger denn je der Augenblick die guten Beziehungen zwischen Reich und Ländern abzubrühen. Der Redner geht dann auf die Fragen der besetzten Gebiete ein und drückt dem Reichstagspräsidenten das Vertrauen aus, daß diese Fragen auch in ihrer Gesamtheit das erforderliche Interesse finden werden. Das besetzte Gebiet müsse jeder Regierung schärfsten Kampf anlagen, die den Grundgedanken der unbedingten Schicksalsgemeinschaft der besetzten Gebiete mit dem Reich preisgeben wolle. (Beifall.) Eine Dauerlösung der deutsch-französischen Frage sei nur mit Zustimmung der ganzen Welt möglich. Eine Verschärfung unserer Grenzen komme um keinen Preis in Frage. Wenn unter der Wucht des Terrors sich gewisse Ermüdungserscheinungen zeigten und gewisse Abtreunungsbestrebungen

diskutiert wurden, so geschah das nicht weil man mit diesen Bestrebungen sympathisierte, sondern weil man fürchtete, unter dem Druck des militärischen Frankreichs schließlich doch vor einen derartigen Entschluß gestellt zu werden. (Unruhe auf der äußersten Rechten und Linken. Zuruf rechts: Sie entzückten also die französischen Separatisten!) Sie haben mich offenbar nicht verstanden. Gerade Ihre Kreise (nach rechts) sind an gewissen Ausschreitungen schuldig. Sie verlangen programmatisch vom Rheinland unbedingte Treue, aber Sie wollen Verhältnisse schaffen, die diese Treue fast unmöglich machen. (Sehr wohl im Zentrum.) Kreise, die Ihnen nahestehen, nicht ans, haben das sogenannte Separatentum der Rheinlandfrage deutlich ausgedrückt. Ich kann nicht bereuen, wie Sie jetzt diesen moralischen Mut aufbringen. (Starker Lärm und fortgesetzte Zwischenrufe rechts, wie: Machen Sie nur so weiter! Unerhört! Präz. Söbe bittet ernstlich um Ruhe.)

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat geschrieben:

„Man braucht kein Fachmann zu sein, um zu wissen, daß der Abgeordnete nicht, wenn nicht oberhalb der Wunde die verlebte Ader scharf abgetrennt wird. (Stürmische Zurufe im Zentrum.) Es ist unter allen Umständen zu fordern, daß die Finanzierung von irgendwelchen Leistungen an Frankreich und auch die Unterhaltung der schwerelastenden Ruhrbevölkerung mit Reichsmitteln aufhört. (Häufige Rufe im Zentrum.) Man wird sich gewiß der Frage bewußt sein müssen, daß aus dieser Tatsache durch eine verlogene Propaganda Wasser auf die Mühlen der Separatisten geleitet würde. Das darf aber nicht bestimmend sein. Wenn auch das Rheinland als reife Frucht den Franzosen in den Schoß fällt, so ist doch die Erhaltung des Staates die oberste Pflicht.“

Auf eine kurze Formel gebracht heißt das: Sanierung des Reichs durch finanzielle Aufgabe Westdeutschlands! (Beifall der Rechten.) Wir hoffen, daß die neue Regierung sich bei allen ihren Maßnahmen von dem Gesichtspunkt leiten lassen wird, daß sie um keinen Preis irgend etwas von den Forderungen der nationalen Selbstbehauptung aufgibt. Wir erwarten von ihr aber auch, daß sie nichts unternimmt, um zu der dringenden notwendigen Verständigung mit Frankreich und den übrigen an der Lösung der Rheinlandfrage und der Reparationsfrage beteiligten Mächte zu kommen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) hält es für durchaus begreiflich, wenn angesichts der letzten Krise in weiten Kreisen des Volkes die Achtung vor dem Parlament gesunken sei. In England sei die Grundlage des Parlamentarismus die Verantwortung der Opposition. Bei uns müsse man die völlige Verantwortungslosigkeit der Opposition feststellen. Die Forderung nach Neuwahlen sei zwar

der Mann das Rad nur mit dem rechten Bein bewegen konnte. Mittelungen zur Ermittlung der Verdächtigen nimmt Kriminalkommissar Solzow im Polizeipräsidium entgegen.

Eine kunstverblühte Weihnachtsmesse

ist von der Schulerkchaft des Staatlichen Kunstgewerbenmuseums in diesem Jahre wieder veranstaltet worden. Die vorjährige, die ein erster Versuch war, hatte einen überraschend guten Erfolg. Daher hat sich diesmal eine sehr rege Beteiligung gezeigt. Die Messe ist in dem Unterrichtsgebäude des Kunstgewerbemuseums, Prinz-Albrecht-Str. 8, untergebracht. Sie bringt Metallarbeiten, Holzarbeiten, Emaille, Edelstein und Graphit. Eine hübsche Beigabe ist die Abteilung für Spielwaren. Mit der Messe ist eine keramische Ausstellung verbunden. Sie zeigt Schälarbeiten in Steinart und Kohlen, aber auch Gläser und der farblichen Steinartfabrik Berlin. Weihnachtsmesse und Ausstellung wurden gestern mit einer kleinen Feier eröffnet. Die Weihnachtszeit ist für die Bodentage auf 10 bis 11 Uhr, für die Sonntage auf 11 bis 12 Uhr festgesetzt. Der Eintrittspreis beträgt 10 Goldpfennige.

Gegen die Verschlechterung des Schulwesens protestierte eine überfüllte Versammlung in Friedrichshagen, die von den Elternbeiräten aller Parteischichten einberufen war. Die einleitenden Reden wurden von je einem Vertreter der Eltern- und Lehrerschaft der höheren und der Volksschulen gehalten, die sich scharf gegen die Verringerung der Lehrerzahl und Erhöhung der Klassenfrequenz wandten. Großen Beifall fanden die Ausführungen unserer Genossen Ahmann und Rhode, die in der Diskussion sprachen. Sie forderten die Elternschaft auf, es nicht bei diesem einen Protest zu belassen und energisch für den Auf- und Ausbau des Schulwesens einzutreten. Die Ausführungen des Landesverwaltungsrates Seifert fanden stürmische Zustimmung, der auf Grund praktischer Erfahrung schilderte, wie durch den Abzug des gesamten Schulwesens auf den Stand von 1870 zurückgegriffen würde. Eine entsprechende Entschärfung wurde angenommen. Die in ihr enthaltenen Forderungen sollen bei den zuständigen Regierungsstellen vertreten werden. Bedauernd wurde vom Vorsitzenden der Versammlung, daß von der eingeladenen Schulverwaltung des 16. Bezirks niemand erschienen sei. Die Versammlung zeigte, daß die Elternschaft gewillt ist, den Kampf gegen die Verschlechterung unseres Schulwesens aufzunehmen.

Internationaler Kongress „Hunger in Deutschland“. Die Internationale Arbeiter-Hilfe veranstaltet unter der Leitung des „Dumme in Deutschland“ einen Kongress, der in Berlin am 9. Dezember im Hause des Wohlfahrtsministeriums (Leipziger Str. 3) stattfindet. Anmeldungen sind aus dem Inland und dem Ausland zahlreich eingegangen.

verständlich, man müsse aber bedenken, daß sich unsere außenpolitische Lage dadurch katastrophal verschlechtern würde. Eine Regierung, hinter der kein Reichstag stehe, werde überhaupt nicht aktionsfähig sein. Der Redner schildert dann den Verlauf der letzten Regierungskrisen, die zur Bildung der jetzigen Regierung geführt hätten.

Abg. Hergt (Dnat.) wendet sich gegen den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit der Opposition. Er habe gegenüber dem Reichspräsidenten die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, eine Regierung zu bilden, erklärt und gestützt, ob der Reichspräsident bereit sei, Artikel 48 der Verfassung im Sinne dieser neuen Regierung anzuwenden sowie die Ausführungsbefehle für den Reichstag in blanko für spätere Gelegenheiten zur Verfügung zu stellen. Er habe hinzugefügt, daß die Deutschnationalen wohl die einzige Partei seien, die die Wahlen nicht zu fürchten hätten (Lärm und Heiterkeit.) Der Reichspräsident habe abnehmend geantwortet und die deutschnationale Partei habe in einem offenen Brief an den Reichspräsidenten die Verantwortung dafür ablehnen müssen, daß nicht im parlamentarischen Sinne eine Lösung aus dem Konflikt gesucht worden sei. Der Redner schließt mit einer Erklärung seiner Fraktion, in der er heißt, daß das Volk die Hoffnung auf eine glückliche Wendung nur darin sehen könne, daß rechtsgerichtete Kreise bestimmenden Einfluß auf die Regierung bekommen. Die Erklärung stellt zum Schluß fest,

daß die deutschnationale Partei der jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen könne und dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen werde.

(Beifall rechts. — Allgemeine Bewegung.)

Abg. Haas (Dem.) bezeichnet es als falsch, daß mit der Sozialdemokratie praktische Politik nicht gemacht werden könne. Die Sozialdemokratie habe einen sehr schweren Fehler begangen und bei ihrem Mißtrauensvotum nicht an die Folgen gedacht. Gerade in dieser Zeit sei der Mut der Unpopulartät das Gegebene gewesen. Die Reaktion in Preußen habe sich bewährt. Republik und Staat seien besser gesichert, wenn die Deutschnationalen nicht in der Regierung sind. Der Redner tritt für eine Politik der Verständigung zwischen Bürgerium und Arbeiterchaft ein und fordert die Sozialdemokraten dringend auf, den Mittelparteien die Fortführung der bisherigen Politik nicht unmöglich zu machen. Die Forderung der Demokraten werde sich nach den Taten der Regierung richten. Sollten diese im Widerspruch mit den Forderungen der Demokraten stehen, so kündigt der Redner der Regierung schärfstes Mißtrauen an. Starke Bedenken äußert er gegen die Uebernahme des Innenministers Dr. Jarres mit Rücksicht auf seine Rheinlandpolitik.

Abg. Leicht (Bayer. Sp.) stimmt dem Ermächtigungsgesetz zu, spricht aber die Erwartung aus, daß die Regierung die in dem bayerischen Antrag niedergelegten föderalistischen Wünsche berücksichtigen wird und betont, daß der Eintritt Dr. Emmingers in das Kabinett keine Bindung für die Fraktion bedeute.

Abg. Hößlein (Komm.) sieht in der Erklärung der Sozialdemokraten das schändlichste Dokument der Unterwerfung und in der Regierungserklärung den „Mantel von Seid“.

Abg. v. Graefe (Döbl.) bezeichnet das Ermächtigungsgesetz in der in Aussicht genommenen Form als geradezu lächerlich. Der Redner verwahrt sich gegen frühere Vorwürfe des Reichsministers Gester und erklärt, allein in der deutschnationalen Freiheitsbewegung seien die Kräfte vorhanden, die Deutschland wieder in die Höhe bringen können.

Abg. Lechoué (D. L. Fr.) unterstützt die Beschlüsse der beiden Vorredner über das Verbot ihrer Parteien.

Inzwischen ist folgender kommunistischer Mißtrauensantrag eingegangen: Die Reichsregierung hat nicht das Vertrauen des Reichstags, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.

Damit schließt die erste Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Die Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum erfolgt am Donnerstag.

Es erfolgt sofort die zweite Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Eine Erörterung findet nicht mehr statt. Ein Antrag der Arbeitgemeinschaft, wonach vor Erlass der Verordnungen ein Ausschluß des Reichstags von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören ist, wird gegen Deutschnationale, Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Mit diesem Antrag wird darauf das Ermächtigungsgesetz von derselben Mehrheit in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich, Donnerstag 1 Uhr: Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes und Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Kommunisten. Schluß 8 Uhr.

Stichtag des Ernährungsamtes! Das Ernährungsamt der Stadt Berlin veranstaltet heute, nachdem in der vorigen Woche Dillendorfs und Goldbarsch abgegeben wurden, wieder einen Stichtag. Zum Verkauf gelangen in den an den Anschlagstulen bekanntgegebenen Geschäften deutsche Feitbieringe zum Preise von 8 Pfennigen (8) Milliarden Mark) das Eisen, einem Preise, der etwa um die Hälfte unter den bisherigen Tagespreisen liegt. Größe und Einkaufsmaterial sind mitzubringen. An den einzelnen Käufer können bis zu 10 Stück abgegeben werden.

Preisbewegungsausdruck Groß-Berlin. Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus: Proletarische Feiern und Feste. Karten noch im Bureau. Zuschau 40 Goldpfennige. — Sonntag, den 10. Dezember, pünktlich 11 Uhr vormittags: Proletarische Feiern und Feste. Karten noch im Bureau. Zuschau 40 Goldpfennige. — Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Wald-Theater: Nachmittagsfeier. „Der Vögelpeper“. Karten 25 Goldpfennige noch im Bureau. — Die Karte 6 und 11 müssen Karten für „Kommunistenabende“ am 1. Weihnachtstag bis Sonnabend zum Bureau abholen, sonst wird anderweitig darüber verfügt.

Sprechstunde der Proletarischen Feiern. Uhrungsstunde heute 7 Uhr abends im Schauspielhaus der Sophienstraße, Weinmeister 16/17. Probe zu „Wetterwende“. Alle Mitglieder müssen bestimmt und pünktlich erscheinen.

Diskussionsabend der Volksgemeinschaft. Am Donnerstag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Aula der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16/17, ein öffentlicher Diskussionsabend statt. 1. Unsere Stellungnahme zur Gewaltanwendung. 2. Kapitalismus und der soziale Generalstreik. 3. Theoretischer und praktischer Kommunismus. — Freunde und Gegner sind willkommen.

Das Rose-Theater gibt als nächste Reinspielung „Die Räuber“. Die erste Aufführung findet am Sonntag, den 9. Dezember, im Rahmen der Theatergemeinde statt.

Ausveranlassungen in den Stadtbezirken. Die Kunstgemeinde Neublin veranstaltet am Freitag, den 7. Dezember, 8 Uhr, in der Reumittel, Pflanzengasse, einen „Malteisenischen Openabend“. Mitwirkende: Rosale Solovini, Margarete Kumbi-Ober, Theodor Scheil, Kapellmeister aus Wittenberg des Deutschen Oberbauers unter Leitung des Kapellmeisters Dr. Siedler. Karten für Mitglieder und Karten für Gäste in allen Zahlstellen 1000 im Rathaus, Zimmer 254. — Für die hungernden Kinder des Bezirks Friedrichshagen veranstaltet das dortige Bezirksamt am 10. Dez., 7 1/2 Uhr, im Saalbau Friedrichshagen, am Friedrichshagen 16-23, ein großes Orchesterkonzert. Leitung: Musikmeister Albert Schömann unter Leitung des Herrn Emil Köhler (Registrieren und Orchester zum Anste). Karten zu 25 Goldpfennigen beim Bezirksamt Rathausstr. 49 und an der Abendkasse.

Eisenbahnunglück in der holländischen Schweiz. In der Nähe des Kurorts Malente in der holländischen Schweiz sprang an einer scharfen Kurve von einem mit Schienen beladenen Arbeitszug ein Wagen aus dem Gleis und stürzte um. Vom Begleitpersonal wurde ein Beamter getötet, zwei wurden schwer und sechs leicht verletzt.

Die Rheinlandfrage im Landtag.

Im Landtag ergriff in der gestrigen Sitzung nach dem Ministerpräsidenten Braun

Abg. Haas (Soz.)

das Wort. Redner weist darauf hin, daß der Gang der Dinge nach Aufgabe des passiven Widerstandes auch zum Verlust des Wirtschaftskrieges geführt habe. Dieser Verlust hat uns viel härter getroffen als der erste; erbarmungslos nützt der Sieger seinen Vorteil aus, und zum zweitenmal haben wir erfahren müssen, daß Frankreich nicht zu seinem Wort gestanden, sich mit uns in Verhandlungen einzulassen. Mit äußerster Energie arbeitet Frankreich an der Verwirklichung des Programms des Generals Foch, den Rhein zur Grenze zu machen. Die Andeutungen über einen selbständigen Rheinstaat sind daher durchaus mit Vorsicht aufzunehmen; in Frankreich denkt man sich ein Staatsgebilde mit eigenem Parlament, eigener Währung usw., ohne Vertretung im Reichstag. Alle diese Gedanken sind von Herrn Tirard in Koblenz lanciert worden. Nach außen hin will man lediglich den Schein retten, als ob es sich nicht um ein Staatsgebilde unter der Autorität Frankreichs handle. Man zieht sich dabei geschickt hinter die öffentliche Meinung Frankreichs zurück. Könnte nicht später einmal diese öffentliche Meinung die

Dergewaltigung dieses Staatsgebildes

verlangen? Dann hätte Deutschland, hätte Preußen die Rheinlande an Frankreich verloren. Der Hinweis auf die Friedenssicherung, die Frankreich allein anstrebe, das Blasen dieser Friedensschmelze durch den heute stärksten Militärstaat der Welt darf niemand täuschen. Will Frankreich den Frieden, dann müssen am Rhein andere Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dann muß sich auch in Frankreich die öffentliche Meinung Deutschland gegenüber umstellen. Daß durch den Rheinstaat für die Bevölkerung eine wirtschaftliche Besserung herbeigeführt wird, ist ein gefährlicher Trugschluß. Wir Rheinländer bleiben dabei: Up ewig ungedeckt! Die Trennung wäre für uns der schlimmste Schaden. Die große Rolle der rheinischen Bevölkerung, die rheinische Arbeiterschaft darf sich darüber nicht täuschen. In diesem Staatsgebilde würde

ein rücksichtsloses schwerindustrielles Unternehmertum

herrschen, ein Unternehmertum, welches die ersten Stöße gegen das Kabinett Stresemann führte, bereit, dem sozialen Fortschritt, ja sogar der deutschen Republik den Todesstoß zu versetzen! Sollte in einem solchen Rheinstaat kein Hunger, keine Arbeitslosigkeit herrschen? Und würden die Stinnes und Konzornen Arbeitslosenunterstützung zahlen? Ich warne die rheinischen Arbeiter und Beamten, die in ihrem Nationalgefühl in den letzten Wochen wankend geworden sind. Es sind ja nicht nur dort, es sind auch in Berlin schwere Fehler gemacht worden. Die Separatisten waren zum Teil zusammengelaufene Herden, die bis an die Zähne bewaffnet, den Rheinstaat in Frankreichs Interesse zu gründen versuchten. Unter den „Führern“ befanden sich mit langjährigem Zucht- haus bestrafte Subjekte. So in Bonn, wo bezeichnenderweise gerade die Kommissare der Polizei und der öffentlichen Sicherheit derartige Verbrechergestalten waren. Und diese Gesellschaft wird von der hohen interalliierten Rheinlandkommission geschützt und in der Pfalz noch heute unterstützt! Ein großer Teil der Separatisten war mit französischen und belgischen Militärr- waffen ausgerüstet. Kann es in Preußen-Deutschland Volksgenossen geben, die das rheinische so glänzend bewährte Volk preisgeben wollen? Während der Reichsregierung hat leider Herr

Stresemann mit seinem Jidjakturs

nicht zu selten Worten als Abgeordneter gestanden und dadurch die Rheinländer an der Reichsregierung irre gemacht. Wie konnte man überhaupt auf den unglücklichen Gedanken kommen, hinsichtlich der Arbeitlosenunterstützung zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet zu unterscheiden? Der gleiche Jidjakturs in der Währungsfrage, in der Rentenmarkt- frage! Wie sollte es wirken, wenn der Reichsbank aufgegeben wurde, das Notgeld der rheinischen Städte zurückzuziehen. Auch das Rheinland muß ein wertvolles Zahlungsmittel haben, wenn die Bande mit dem unbesetzten Deutschland nicht zerrissen werden sollen. Bis weit in die Reihen der Reichsparteien hinein hat sich

eine grenzenlose Erbitterung

gegen diese Jidjakturspolitik erhoben, die der neue Spartakom- munist, Herr Bracht, an Ort und Stelle noch fortsetzt. Den Beamten zahlt man erbärmliche Hungergehälter; die Beamten der Gruppe XIII erhielten nur Bezüge in Höhe einer Arbeiter- löhning! Zumal die Rot der Schupo-Beamten ist außerordent- lich. Sehr viel zur Verwirrung der Gemüter hat auch beigetragen, daß Herr Tirard uns immer wieder die Duldung der schändlichen Hunderschiffen in Bayern vorschaltete, und daß andererseits in Sachsen und Thüringen offenbar von der Reichsregierung mit Militär und unter Rechtsbrüchen operiert wurde. Und wie soll es wirken, wenn trotz voller Scheuern des Risikofühls der ganzen Welt anseht werden muß, um die Bevölkerung vor dem Hungertod zu schützen? Ungeheure Opfer müssen gebracht wer- den; aber hat bisher der Appell an die Besiehenden etwas genützt?

Bis hierher und nicht weiter!

Die Bildung des 56er-Ausschusses bedeutet geradezu eine

Gefahr, wenn nicht seine Kompetenzen fest umrissen werden und die politischen Fragen nicht von seiner Diskussion völlig ausge- schlossen werden. Die „führenden Wirtschaftsmänner“ verfolgen jetzt zum Teil tatsächlich das Ziel, die Ruhrkohle an die Erze zu binden! Zu diesen Führern gehören auch Zentrum- leute; ich erinnere in diesem Zusammenhange an die Worte des Dr. Schwering aus dem Juni d. J. und hoffe, daß man diese Führer von ihrem jetzigen Wege wieder abbringt.

Das Wirtschaftsabkommen mit der Entente,

so hört es ist, bedeutet einen Fortschritt; ein Fortschritt ist auch das Verschwinden der Separatistenbanden. Das brutale Vorgehen Frankreichs gegen uns wird auch die Welt schließlich umstimmen; aber nicht auf diese Stimmungen, sondern nur auf uns selbst können und dürfen wir uns verlassen, sonst triumphieren nicht wir, sondern die Franzosen! (Beifall v. d. Soz.)

Abg. Kippel (Dnal.): Die planmäßige Propaganda der Fran- zosen auf eine Abtrennung der Rheinlande von Preußen und vom Reich hat insofern schon einen Erfolg gehabt, als jetzt im Rhein- land weite Kreise mehr über Berlin als über Frankreich schimpfen. Die unverständliche Ablicht des Herrn Stresemann, bei der Arbeitslosenunterstützung Unterschiede zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet zu machen, hat auch in den national gestimmten Arbeitertreuen des Rheinlandes Verwirrung erzeugt. Seine schwankende Haltung zu dem Plan der

Goldnotenbank des Herrn Louis Hagen

hat noch über gewirkt. Diese Goldnotenbank könnte doch leicht die Brücke bilden zur Verwirklichung der französischen Pläne auf Trennung der Rheinlande vom übrigen Deutschland. Es darf nicht so gehen, daß ein Fünfgenerauschuss oder irgendein anderer Ausschuss über die Geschichte des Rheinlandes, womöglich im Einverständnis mit den Franzosen, bestimmt. Die Verant- wortung in diesen Dingen hat lediglich die Reichs- und Staatsregierung zu tragen. Wenn die preußische Staats- regierung einen festen entschlossenen Willen zeigt, dann wird auch die rheinische Bevölkerung diesen Willen anerkennen, und dann werden die Franzosen nicht zu ihrem Ziele kommen.

Abg. Schwering (J.): Wenn die preußische Regierung für die Wahrung von Preußens Stellung im Reich ebenso kräftig einge- treten wäre, wie das die bayerische Regierung immer für Bayern getan hat, dann würde im Rheinland heute wohl vieles anders aus- sehen als jetzt. (Beifall Zustimmung.) Im Rheinland gehören 46 Proz. aller Wähler dem Zentrum an. Das Zentrum hat also im Rheinland eine besonders wichtige nationale Aufgabe. Die „Times“ wird sich schwer täuschen, wenn sie auf die Hilfe des Zentrums für die französischen Pläne hofft. (Beifall.) Wir betonen die rhei- nische Frage als eine deutsche Frage. Das Ziel der französischen Politik geht dahin, mit dem Rheinland als Hebel ganz Deutschland aus den Angeln zu heben. Ohne die Verfügung über das Ruhr- gebiet kann Deutschland höchstens vegetieren, niemals leben. Wer die Hand dazu bietet, dem Ruhrgebiet die volle Auswirkung auf das übrige Deutschland zu schmälern, würde

eine antideutsche Politik

treiben. Mit der öffentlichen Erörterung der verschiedenen Projekte zur Lösung der rheinischen Wirtschaftsfragen ist schon ein Schaden angerichtet worden, der schwer wieder gut zu machen ist. (Sehr richtig!) Zweifellos hat die Stresemannsche Politik in der rheinischen Frage eine Reihe schwerer Fehler enthalten, die noch heute im Rheinland höchst unangenehm nachwirken. Wenn das Rheinland einmal preisgegeben wird, dann ist es nicht so leicht wiederzuholen. (Beifall Zustimmung.) Die Loslösung der Rheinlande aus dem deutschen oder preußischen Staatsverband würde eine Katastrophe für Deutschland und Preußen bedeuten. (Beifall Zustimmung.) Das Zentrum wird sich niemals an solchen verräterischen Plänen beteiligen.

Abg. Hermann-Rediges (Dop.): Im Rheinland waren in der Tat schon verzehnte Zweifel an der Treue Preußens und des Reiches aufgeleht. Die preußische Regierung und der Preußische Landtag sollten gegenüber dem Reichstag und der Reichs- regierung in der rheinischen Frage viel aktiver sein als bisher. (Beifall.) Die Frage, ob auf Grund der Reichsverfassung ein selbst- ständiges Rheinland gebildet werden könnte, existiert nicht für uns, solange noch ein Franzose im besetzten Gebiet steht. Sehr bedenklich erschienen uns aber manche Äußerungen des Vorsitzenden des Preußischen Staatsrats Adenauer. Er hat in einem Interview über die Möglichkeit gesprochen, daß das Rheinland zwar im Rahmen des Deutschen Reiches bleiben, aber vom Preußischen Staat losgelöst werden könnte. Wir halten solche Pläne für höchst bedenklich. (Beifall.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Dahlem (Komm.) und Goltshalt-Gammersbach (Dnal.) wird ein Antrag auf Schluß der Besprechung angenommen. Damit sind die großen Anfragen über Rhein und Ruhr erledigt. Eine Reihe von Notverordnungen des Ständigen Ausschusses, die vom Staatsministerium mit Gesetzkraft erlassen sind, wird vom Hause bestätigt.

Donnerstag 12 Uhr Anträge über die Rot des Volkes, Aus- sprache über die innere Politik. — Die Forderung der Kommunisten, morgen die kommunistischen Anträge auf Aufhebung des Belage- rungszustandes und Ueberführung von Kommunisten in Konzentra- tionslager zur Beratung zu stellen, wird abgelehnt.

Schluß 5.20 Uhr nachmittags.

geben, ernsthaft auf eine Ueberwindung der gegenwärtigen Abfat- trisse hinarbeiten, so kommt es darauf an, durch einen verstärkten Preisabbau und durch Angleichung der Löhne an die immer noch zu hohen Warenpreise die Spannung zu überbrücken, die es der Mehrzahl des Volkes unmöglich macht, selbst dringend benötigte Waren zu kaufen

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage.

Wie schon aus den von uns skizzierten Berichten der Handels- kammern hervorgeht, hat sich die Wirtschaftslage im November weiter katastrophal verschlechtert. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit haben stark zugenommen. Das Bild, das hier entworfen wurde, wird bestätigt durch die Berichte des Reichsarbeitsblattes. Danach waren bereits im Oktober nach 1219 Berichten typischer industrieller Unternehmungen mehr als sieben Zehntel schlecht beschäftigt. Der Rückgang der industriellen Beschäfti- gung tritt besonders drähtisch in Erscheinung, wenn man ihn ver- gleicht mit dem Vormonat und dem Vorjahr. Es waren demnach von je 100 Arbeitern und Angestellten tätig in

	gut	mittel	schlecht
Oktober 1923	7	23	71
September 1923	14	25	61
Oktober 1922	43	44	13

Technische Erhebungen liegen auch für einige andere Berufs- gruppen vor. Nach 129 Berichten von Betrieben der Eisen- und Metallindustrie waren in diesem Gewerbezweig 87 Proz. der Arbeiter gegen 73 Proz. im Vormonat und nur 10 Proz. im Oktober des Vorjahres in schlecht beschäftigten Betrieben tätig, während der Anteil der gut beschäftigten Werke vor einem Jahre 68 gegen zuletzt 4 Proz. war. Im Maschinenbau wuchs die Zahl der schlecht beschäftigten Arbeitnehmer aus 228 Betrieben von 67 auf 79 Proz. an, in Betrieben mit gutem Geschäftsgang waren nur noch 3 Proz. der Arbeiter tätig gegen 14 Proz. im September. Nicht ganz so ungünstig erscheint an Hand dieser Erhebungen die

Lage in der Elektroindustrie, wo von 172 000 erfassten Arbeitern und Angestellten 42 Proz. gegen 35 Proz. im Vormonat in Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang arbeiteten, während immerhin noch 54 Proz. der Beschäftigten bei befriedigendem Be- schäftigungsgrad tätig waren.

Die sehr der Niedergang des Beschäftigungsgrades durch die Verarmung des deutschen Volkes infolge der Inflation herbei- geführt ist, zeigt folgender Bericht aus dem Bekleidungsgerwebe:

Die schon in den letzten Monaten eingetretene Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat weiter angehalten. In großer Zahl melden sich nicht nur Gehilfen und Arbeiter des Bekleidungsgerwebes als arbeitslos, sondern auch selbständige Handwerker. Nach Schätzung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes sind nur noch 5 Proz. der Arbeitnehmer vollbeschäftigt, die übrigen sind teils voll arbeitslos, teils arbeiten sie verkürzt bis zu einem Tage wöchentlich, herunter. Überall wirkt sich die Ver- armung des deutschen Volkes darin aus, daß Anschaf- fungen von Bekleidungsgegenständen irgendwelcher Art nicht mehr gemacht werden können und das ganze Einkommen für Gegenstände des täglichen Verbrauches verendet werden muß. In- folgedessen können die Fabrikanten keine Dispositionen für das Frühjahrsgeschäft machen und die Einzelhändler aus Mangel an Einnahmen keine Einkäufe mehr vornehmen, trotzdem der Groß- handel bereit ist, mit den Preisen entgegenzukommen.

Dementsprechend ist auch die Entwicklung des Arbeits- marktes eine äußerst ungünstige gewesen. Die Zahl der Be- schäftigten ging nach den Meldungen der Krankenkassen um 4,5 Proz. zurück. Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit haben weiter zugenommen. Am 27. Oktober waren bereits 19,1 Proz. der Arbeiterschaft oder etwa jeder fünfte Arbeiter arbeits- los. Auch die Kurzarbeit hat eine starke Zunahme erfahren. Nach den Berichten der Verbände waren 47,3 Proz. der Beschäftigten arbeitslos. Die Genauigkeit der Meldungen wird jedoch vom Reichs- arbeitsblatt bezweifelt; trotzdem muß dieses amtliche Organ zugeben, daß mit Sicherheit in der gesamten organisierten Arbeiterschaft die Arbeitslosigkeit rund ein Fünftel, die Kurzar- beit zwei Fünftel ausmacht. Bei einzelnen Verbänden, z. B. den Metallarbeitern, Textilarbeitern und Schuhmachern ist der An- teil der Arbeitsverkürzung sicher noch wesentlich größer, so daß in diesen Verbänden wahrscheinlich nur ein ganz geringer Teil der Arbeiterschaft noch arbeitet. Also bereits Ende Oktober waren nach diesen Feststellungen von je fünf Arbeitnehmern nur noch zwei voll beschäftigt. Der Anteil der Erwerbslosen dürfte sich nach den Be- richten der Handelskammern, die überwiegend eine weitere Ver- schlechterung des Geschäftsganges verzeichneten, inzwischen noch weiter erhöht haben.

Außerordentlich eindringlich spiegelt sich die Verschlechterung des Arbeitsmarktes im Andrang an den Arbeitsnach- weisen, wo im Oktober auf je 100 offene Stellen 787 männliche (im Vormonat 555) und 356 weibliche (im Vor- monat 235) Arbeitsgesuche kamen. Bis Mitte November hat sich die Zahl der offenen Stellen weiter auf die Hälfte vermindert, während die Arbeitsgesuche im gleichen Verhältnis zugenommen haben. Das Ansuchen der allgemeinen Notlage, das in den letzten Monaten so viele Proletarier am eigenen Leibe erfahren mußten, wird in diesen amtlichen Zahlen bestätigt. Das Reichsarbeits- ministerium aber will die Kaufkraft durch Lohnkürzung stärken!

Goldmarktverkehr bei den Girokassen. Die deutschen Girokassen richten neben dem Rentenmarktgiroverkehr auch einen Goldmarktabrechnungverkehr ein, an dem sämtliche Girozentralen, aber nicht die Sparbanken teilnehmen. Die Rechnungseinheit ist die Goldmark — zehn Zehner Dollar, das Mindestguthaben beträgt 100 Goldmark und soll veranlagt werden. Einzahlungen können lediglich in Devisen erfolgen. Auszahlungen sollen hauptsächlich in Ueberweisungen, daneben aber auch, wenn der Inhaber des Kontos die Veranlagung zum Devisenhandel hat oder vom Finanzamt zum Devisenhandel ermächtigt ist, in Dollar erfolgen. Der Verkehr soll gebührenfrei geführt werden.

Das ungenutzte Gold. Deutschland fehlt zur schnellen Wieder- aufrichtung einer Goldwährung, ein ausreichender Goldbestand, Amerika hat davon im Ueberfluß. In den Vereinigten Staaten befindet sich zurzeit in Münzen oder Barren ein Gold- bestand in Höhe von 4 168 091 621 Dollar. Amerika besitzt mithin 46 bis 49 Prozent des Goldbestandes der ge- samten Welt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksbeamtenlag.

Die Fortsetzung des Bezirksbeamtenlages findet Freitag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, in den „Mufflerställen“, Kaiser-Wilhelm- Straße 31 (Börse), statt. Zur Teilnahme berechtigt sind sämt- liche Mitglieder der Abteilungs-, Kreis- und Bezirksverbandsausschüsse, sowie die Mitglieder des Kreisbeamtenrats und des Bezirksvor- standes. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Debatte über das Beamtenabbaugesetz und die Republikanisierung der Ver- waltung. Außerdem ein Vortrag des Genossen Wäger über Organi- sationsfragen.

Bezirksvorstand.

Wichtige Sitzung Sonnabend, den 8. Dezember, abends 6 Uhr, im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 3.

1. Kreis Reinickendorf. Theaterverteilung heute abend 8 Uhr in Kunst- Redaktions-Straßenklub. Zur Aufführung gelangt „Der Herr Senator“ in besserer Fassung. Einige Karten sind noch an der Kasse zu haben.
2. Kreis Wilmersdorf. Die Verlesung am Donnerstagsabend (8. Dez.) wegen Verhinderung des Vortragenden aus. Die nächste wird noch bekannt- gegeben. — Freitag, den 7. Dezember, 7½ Uhr, Kreismitgliederver- sammlung im großen Saale des Wilmersdorfer, Wilmersdorfer. Tages- ordnung: Die Stellung der Reichsorganisation.
3. Kreis Wedding. Freitag, den 7. Dezember, 7 Uhr, Sitzung des erwei- terten Kreisvorstandes an bekannter Stelle.
4. Kreis Neukölln. Freitag, den 7. Dezember, 7½ Uhr, Sitzung des er- weiterten Kreisvorstandes an bekannter Stelle.
5. Kreis Treptow-Köpenick. Montag, den 10. Dezember, 7 Uhr, Kreisfrauen- versammlung bei Schmidt, Frankfurtstr. 57. Thema: „Lebensgemeinschaft- lichen.“ Referent: Genossin Wiedeg. Zu dieser Versammlung muß in allen Schulen einbezogen werden.
6. Kreis Tiergarten. Sitzung, Abteilungsleiter! Montag, den 10. d. M., erweiterter Kreisvorstandssitzung. Sofort wird auch bekanntgegeben. Alle Funktionärstreffen sind auf Dienstag zu versetzen.

Heute, Donnerstag, den 6. Dezember.

1. Abt. Der Bezirksführer zur Kenntnis, daß die Sachloshende am Dien- stag und Mittwoch erschienen sind und daß eine Mitgliederversammlung in der Schulstraße Winterfeldstr. 15 stattfindet. Zu dieser Versammlung sind alle Mitglieder einzuladen.
2. Abt. 7½ Uhr bei Treffe, Scharnste. 18, Funktionärerversammlung.
3. Abt. Reichsrufer. Nachm. 6½ Uhr Mitgliederversammlung im Geopli- schen Vereinshaus, Alexanderstr. 44.
4. Jungsozialisten Gruppe Treptow. Samstag 7 Uhr, Angerhain. Offenr. 8, Gemeinsame Veranstaltung. Vortrag über: „Strindberg und die Frau.“ Referent: Robert Keller. — Gruppe Friedrichshagen. Veranstaltung 8½ Uhr.

Morgen, Freitag, den 7. Dezember.

1. Abt. 7½ Uhr Funktionärerversammlung bei Adler, Georgenkirchstr. 38.
2. Abt. Schöneberg. 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei König, Prinz- Genoa, Adre. Friedrichstr. Die arbeitslosen Genossen sind vollständig in der Sitzung dem Wilmersdorfer anzuweisen.
3. Abt. Schöneberg. Samstag 8 Uhr im Hotel Groß, Oranienstr. 17, wichtige Funktionärerversammlung.
4. Abt. Tempelhof. 7½ Uhr Vorstandssitzung im Logenhaus, Werder, Ecke Friedrich-Wilhelm-Strasse.
5. Jungsozialisten Schöneberg. 4½ Uhr im Rinderhof, Frankfurtstr. 36. Vortrag von Gen. Hülshoff über „Die sozialen Verhältnisse im alten Orie- entum“.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 — 1)

Durchschnitt Mal	3816
Juni	7 650
Juli	37 651
August	586 045
September	15 000 000
Oktober	3 260 000 000
November	657 000 000 000
1. Oktober	40 400 000
8. "	109 100 000
15. "	691 900 000
22. "	3 045 000 000
29. "	13 671 000 000
5. November	98 500 000 000
12. "	218 600 000 000
19. "	831 000 000 000
26. "	1 535 000 000 000
3. Dezember	1 515 000 000 000

Abnahme gegen die Vorwoche 1,3 Proz.

Damit ist zum ersten Male seit langer Zeit eine Stabilität der Lebenshaltung festzustellen zu verzeichnen. Die Abnahme der Indexziffer um 1,3 v. H. fällt nicht ins Gewicht. Anzunehmen ist, daß der Preisabbau, der gestern sich fortsetzte, in dem nächsten Lebenshaltungskostenindex deutlicher in Erscheinung treten wird.

Gegenüber etwaigen Versuchen, die geringe Senkung der Lebenshaltungskosten zu einer Propaganda für Lohnabbau auszu- nützen, muß von vornherein mit aller Entschiedenheit betont werden, daß noch nach dem letzten Index die Kosten des dringlichsten Auf- wands um mehr als die Hälfte über den Vorkriegsstand stehen. Die Löhne hingegen bleiben hinter den Vorkriegsstand weit zurück. Will man, anstatt Interessenteneinflüsterungen nachzu-

